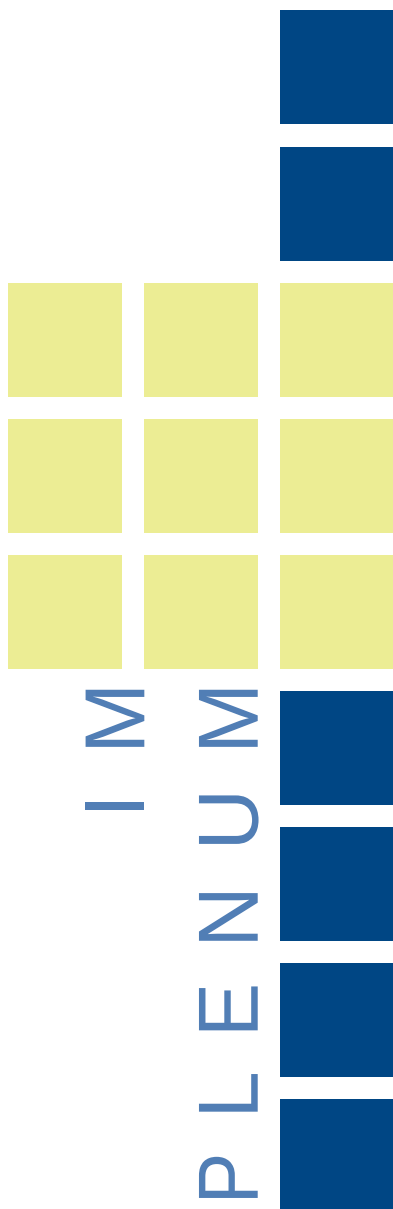




POLITISCHE KULTUR IN DEN NEUEN LÄNDERN

HERAUSFORDERUNGEN UND
PERSPEKTIVEN

Bernhard Vogel (Hrsg.)

Mit Beiträgen von:

Werner J. Patzelt | Rudolf van Hüllen

Arnold Vaatz | Horst Metz

ISBN 978-3-940955-23-4

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Diese Publikation dokumentiert die Ergebnisse der Tagung des Gesprächskreises „Neue Länder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 19. bis 21. Oktober 2007 in Cadenabbia.

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:
Stefanie Pasler

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-23-4

INHALT

5 | VORWORT DES HERAUSGEBERS

Bernhard Vogel

7 | DEMOKRATIEVERTRAUEN UND DEMOKRATIEAKZEPTANZ IN DEN NEUEN LÄNDERN

Werner J. Patzelt

37 | FORMEN UND SPEZIFIKA DES RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN LÄNDERN

Schlussfolgerungen für die Politik und die politische Bildung

Rudolf van Hüllen

51 | DIE PARTEI „DIE LINKE“ – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE VOLKSPARTEIEN?

Ein Kommentar

Arnold Vaatz

63 | PERSPEKTIVEN DER FINANZPOLITIK IN DEN NEUEN LÄNDERN

Am Beispiel Sachsen

Horst Metz

69 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

69 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Seit der Wiedervereinigung sind die freiheitliche Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft die Grundpfeiler der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in einem geeinten Deutschland. Nach den langen Jahren der Diktatur haben sich die Menschen im Osten unseres Landes die Freiheit erkämpft und sind als mutige Demokraten für alle Deutschen zum Vorbild geworden. Der Übergang von der Diktatur zu Freiheit und Einheit vollzog sich friedlich und ohne, dass ein Tropfen Blut floss. Im kommenden Jahr feiern wir 20 Jahre Friedliche Revolution. Vieles ist seit den Tagen des Herbstes 1989 mit der gemeinsamen Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Menschen in Ost und West aufgebaut, Probleme sind bewältigt worden. Die Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich einander in beachtlichem Maße angeglichen. Dennoch bleiben erhebliche Herausforderungen, die noch zu meistern sind. Vor allem die Auswirkungen der langjährigen Zwangswirtschaft sind bis heute spürbar. Dazu gehören insbesondere die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit und das unterschiedliche Lohnniveau.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigt sich seit dem Mauerfall mit den Perspektiven der neuen Länder. Im Oktober 2007 tagte in Cadenabbia zum zweiten Mal der Gesprächskreis „Neue Länder“, zu dem erstrangige Experten eingeladen waren, um mit ihrer Expertise die Situation der neuen Länder genauer zu beleuchten. Die Ergebnisse der Tagung werden mit dieser Publikation der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit diesem Tagungsband liegt eine Sammlung von Beiträgen vor, die nicht nur eine differenzierte Betrachtung der spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten vornehmen, sondern auch Perspektiven für den Umgang mit diesen Herausforderungen aufzeigen. So geht Werner J. Patzelt im ersten Beitrag auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ost- und Westdeutschen bezüglich ihres Demokratieverständnisses ein. Im darauffolgenden Text macht Rudolf van Hüllen deutlich, dass der Rechtsextremismus kein primär ostdeutsches Phänomen ist, hier aber

gegenwärtig stärker sichtbar wird als im Westen. Im dritten Beitrag zeigt Arnold Vaatz die Versuche von verschiedenen Seiten auf, die DDR zu verharmlosen und die wirtschaftlichen Erfolge nach der Wiedervereinigung kleinzureden. Im abschließenden Beitrag untersucht Horst Metz die Finanzlage des Ostens, die besonderen Bedingungen unterworfen ist.

Den Autoren sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Berlin, im August 2008

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEMOKRATIEVERTRAUEN UND DEMOKRATIEAKZEPTANZ IN DEN NEUEN LÄNDERN

Werner J. Patzelt

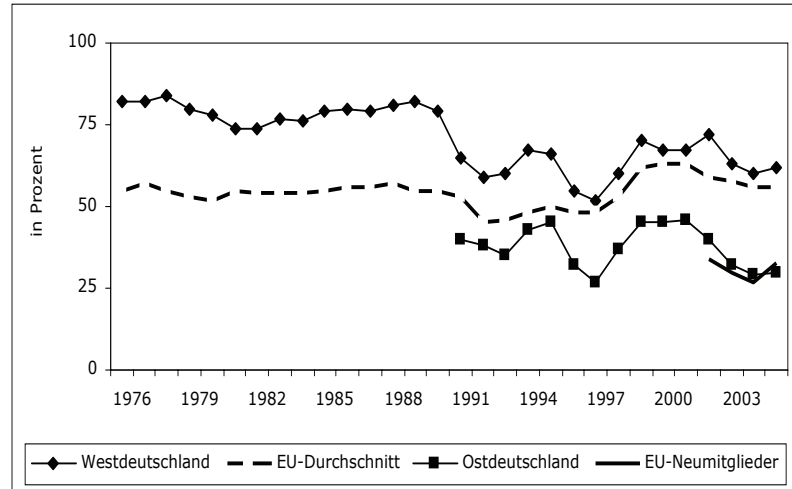
Worauf sollten politische Entscheidungsträger und Personen mit öffentlichem Einfluss achten, wenn sie in den neuen Bundesländern der Stabilisierung von Demokratie dienen wollen? Die Antwort ergibt sich einestels aus einer Bestandsaufnahme zum Demokratievertrauen und zur Demokratieakzeptanz in den neuen Bundesländern, andernteils aus einer Betrachtung wahrscheinlicher Ursachen der bestehenden Lage und ihrer Entwicklung.¹

1. DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT IN DEUTSCHLAND

Die Ausgangsdaten finden sich in der Grafik 1. Sie zeigt, wie sich in Westdeutschland sowie im EU-Durchschnitt zwischen 1976 und 2005 sowie in Ostdeutschland seit 1991 die Demokratiezufriedenheit entwickelt hat. Der Befund könnte nicht klarer sein: In Westdeutschland sank die Demokratiezufriedenheit in der – gerade auch vom Diskurs um „Politikverdrossenheit“ gekennzeichneten – ersten Wahlperiode nach der Wiedervereinigung erdrutschartig ab, nachdem sie jahrelang stabil weit über dem EU-Durchschnitt gelegen hatte; in Ostdeutschland liegt sie konstant um rund zwanzig Prozentpunkte unter den westdeutschen Werten; und im Auf oder

Ab der Demokratiezufriedenheit gibt es strikte Parallelität zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer. Wir haben also eine gesamtdeutsche Entwicklung vor uns – und zugleich eine besondere Lage in Ostdeutschland.

Grafik 1: Demokratiezufriedenheit in Deutschland und Europa



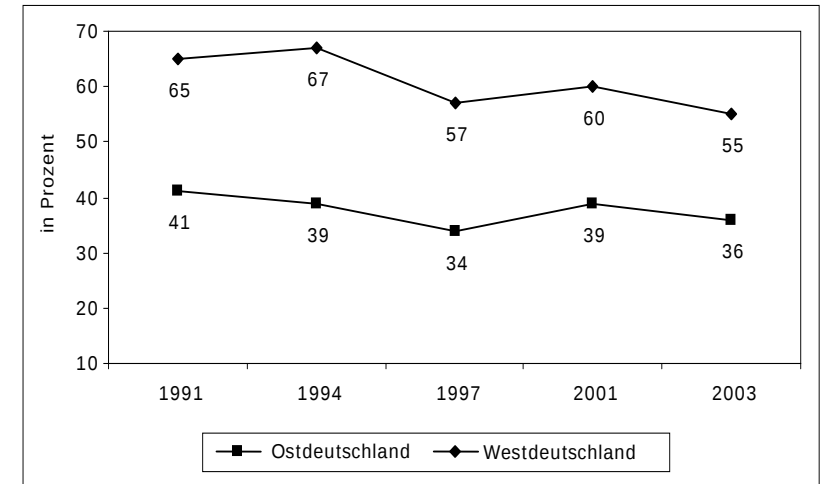
Antworten auf die Frage: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in (Land) funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind die addierten Prozentanteile „sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: The Mannheim Eurobarometer Trend File 1970-1999, Eurobarometer 2000-2005.

Quelle: Schröder, Klaus: *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2006. – S. 494.

Obendrein hat zwischen 2002 und 2004 unter allen „alten“ EU-Staaten gerade in Deutschland die Demokratiezufriedenheit am meisten abgenommen: nämlich um nicht weniger als fünfzehn Prozentpunkte. In Österreich und Belgien, an zweitschlechtester Stelle, ging die Demokratiezufriedenheit nur um jeweils acht Prozentpunkte zurück – und in Griechenland sogar um elf Prozentpunkte nach oben.² Selbst wenn der in Grafik 1 für 2005 sichtbare deutsche Aufschwung sich fortsetzen sollte, erweisen solche Befunde Deutschland als einen Sonderfall, wo – trotz nachweislich leistungsfähiger Demokratie – es mit der Wertschätzung dieser Staatsform wirklich nicht zum Besten steht.

Grafik 2: Demokratie als Problemlöserin?



Bejahende Antworten auf das Statement: „Wenn jemand sagt: ‚Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben.‘ – Würden Sie dem zustimmen?“

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 497.

Das zeigt auch die Grafik 2. Zwar meint immer noch mehr als die Hälfte der Westdeutschen, mit der Demokratie könne man die Probleme unseres Landes lösen. Doch warum glaubt das ein so großer Teil der Westdeutschen eben nicht – ganz ungeachtet der bewundernswerten Erfolgsgeschichte ihres Landesteils? In Ostdeutschland ist die Zuversicht in die Leistungskraft von Demokratie sogar – und, bei allem Auf oder Ab, im Zeitverlauf durchgehend – um über zwanzig Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland, obwohl doch seit der Einführung von Demokratie die neuen Bundesländer einen in den Jahren vor der Friedlichen Revolution ganz unvorstellbaren Aufschwung genommen haben.

Tabelle 1: Demokratie – die „beste Staatsform“?

	West		Ost	
	2000	2005	2000	2005
	in Prozent			
„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“	80	71	49	38
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	9	17	27	41
„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“	92	85	78	64
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	3	6	8	22

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006 (in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA). – Berlin, 2006. – S. 644.

Erklärungsbedürftig sind auch die Befunde von Tabelle 1. Weniger gilt das für ihre Kernaussage, wonach – und zumal in Westdeutschland – es eine insgesamt sehr große Befürwortung von Demokratie als Staatsform gibt. Tatsächlich ist ja unter allen politischen Ordnungsformen, mit denen es Deutschland in seiner Geschichte versucht hat, keine diesem Land je nachhaltig besser bekommen als die Demokratie. In gewissem Grad kann man auch verstehen, dass den Deutschen Demokratie im allgemeinen besser gefällt als deren konkrete Ausgestaltung im eigenen Land. Immerhin gibt es erhebliche Vorurteile gegen unser von starken Parteien getragenes parlamentarisches Regierungssystem³ sowie in der Praxis Funktions- und Leistungsdefizite. Doch warum ist die Wertschätzung von Demokratie als „bester Staatsform“ zwischen 2000 und 2005 in beiden Landesteilen so klar gesunken, obwohl sie doch damals in der Praxis um nichts schlechter funktionierte als zuvor, ja inzwischen sogar einige Reformkraft unter Beweis gestellt hat? Warum wird Demokratie in den neuen Bundesländern nicht nur so klar weniger akzeptiert als in den alten Bundesländern, sondern hat sich ihr Ansehen seit 2000 sogar noch so stark verschlechtert – obwohl doch die Anfangsschwierigkeiten ostdeutscher Demokratiegründung inzwischen überwunden sind? Und wie mag es nur möglich sein, dass ausgerechnet im aus der Friedlichen Revolution hervorgegangenen ostdeutschen Landesteil inzwischen eine relative Mehrheit von 41 Prozent der Befragten glaubt, es gäbe für Deutschland eine Staatsform, die noch besser als die Demokratie wäre? Ganz klar zeugen solche Daten von einer unguten, womöglich auch gefährlichen Entwicklung. Einige von deren Zügen führt die Tabelle 2 vor Augen.

Tabelle 2: Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, 1994-2002

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<i>Unterstützung pol. Gemeinschaft</i>						
Nationalstolz	.25	.36	.32	.36	.43	.33
Mehr Mut zu Nationalbewusstsein	.07	.23	.19	.16	.25	.27
Verbundenheit mit Deutschland	n.e.	.39	.47	n.e.	.37	.35
<i>Unterstützung der Demokratie</i>						
Recht auf Meinungsfreiheit	.66	.71	.73	.73	.72	.68
Wichtigkeit der Opposition für Demokratie	.59	.66	.66	.71	.69	.54
Chancengleichheit für Parteien	n.e.	.45	.46	n.e.	.60	.49
Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	.60	.69	.69	.46	.55	.52
Bewertung der Idee der Demokratie	n.e.	.76	.68	n.e.	.53	.40
Ablehnung einer Diktatur	.59	.70	.77	.46	.39	.36
Demokratiezufriedenheit	.22	.24	.21	-.02	.01	-.08
<i>Bindung an ehemalige DDR</i>						
Sozialismus als gute Idee	-.22	-.23	-.30	.33	.33	.27
Gute Seiten der DDR	-.52	-.61	-.63	.04	.05	.03
<i>Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen</i>						
Vertrauen zu						
... Bundestag	.26	.21	.17	.21	.05	.06
... Bundesregierung	.10	.11	.07	.06	.01	.04
... Bundesverfassungsgericht	.45	.46	.45	.27	.29	.30
... Gerichten	.25	.22	.29	.13	.08	.19
... Polizei	.27	.37	.37	.15	.24	.24
<i>Politische Involvierung</i>						
Politisches Interesse	-.05	.02	.07	.02	-.02	-.04
Politik ist zu kompliziert	.02	.13	.17	.11	.03	.10
Kann politische Fragen gut verstehen	.29	.35	.35	.37	.28	.25
Kein Einfluss auf die Regierung	-.39	-.31	-.31	-.45	-.47	-.42
Bürger haben kaum Einfluss auf Politik	-.30	-.26	-.24	-.37	-.37	-.34
Kann aktive politische Rolle spielen	-.02	-.09	-.11	-.17	-.27	-.23

Angegeben sind standardisierte Mittelwerte zwischen 1- und +1.

Quelle: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 13.

Wesentliches enthält der zweite Abschnitt dieser Tabelle („Unterstützung der Demokratie“): Er zeigt, dass in den neuen Bundesländern der Sinn für den Wert von Konkurrenz in einer Demokratie (Wichtigkeit von Opposition, Chancengleichheit für Parteien) zwischen 1995 und 2002 kenntlich gesunken ist und die Wertschätzung von konkreter politischer Beteili-

gung, hier bemessen an ihrer vergleichsweise unaufwendigsten Form, nämlich der nur alle paar Jahre anstehenden Teilnahme an Wahlen, viel geringer ausfällt als im Westen. Auch die innere Bindung an die Demokratie (Bewertung der Idee der Demokratie, Ablehnung einer Diktatur) ist in den neuen Bundesländern deutlich schwächer ausgeprägt als in den alten Bundesländern; obendrein geht sie seit 1994 markant zurück. An alledem hat sich, wie die vorstehenden Grafiken und die Tabelle 1 zeigen, in den neuen Bundesländern nichts zum Besseren gewendet.

Das gilt auch für das in Ostdeutschland vergleichsweise geringe Vertrauen zu politischen Institutionen, das der dritte Abschnitt der Tabelle 2 vor Augen führt („Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen“). Schon ein flüchtiger Blick zeigt, dass die Vertrauenswerte aller abgefragten Institutionen (Bundestag, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei) in den neuen Bundesländern deutlich unter den aus den alten Bundesländern bekannten Werten liegen. Am geringsten – wie freilich auch im Westen – ist im Osten das Vertrauen zum Bundestag und gar zur Bundesregierung, also gleichsam zu den politisch „Hauptschuldigen“ an der Lage in Ostdeutschland. Nennenswert groß ist im Grunde nur das Vertrauen zu den anscheinend „unpolitischen“ Institutionen, nämlich zum Gerichtswesen und zur Polizei, mit denen sich auch ein wohlmeinender Obrigkeitsstaat betreiben ließe. Tatsächlich leiden an politischem Vertrauensmangel in Deutschland insgesamt, besonders stark aber in Ostdeutschland, genau jene Institutionen, in denen eine von konkurrierenden Parteien getragene Demokratie ihre konkrete Gestalt annimmt: zuvörderst die Parteien, sodann die – meist aus nationalen Parteiführern bestehende – Regierung, ferner das so klar parteipolitisch organisierte Parlament, und am unmittelbarsten jene Politiker, die in Parteien, Parlamenten und Regierungen agieren.⁴ Dass es dabei in Ost- wie Westdeutschland das gleiche Profil einer solchen Bilanz politischen Vertrauens bzw. Vertrauensmangels gibt, ist Zeichen einer durchaus gemeinsamen deutschen politischen Kultur. Doch dass dabei auch noch so markante Vertrauensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen, führt vor Augen, um wie viel fragiler die neue, auch im Westen noch längst nicht rundweg akzeptierte parteienstaatliche Ordnung im Osten ist. Also haben wir wirklich ein Problem mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern, und dieses Problem wurde dort im Lauf der Jahre nicht etwa kleiner, sondern sogar größer. Das zeigt auch die Tabelle 3.

Tabelle 3: Typologie zur Verankerung der Demokratie unter den Deutschen

	1994		1998		2002	
	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL
	in Prozent					
Nichtdemokraten	13	28	12	30	8	33
Opportunistische Demokraten	11	6	8	8	4	7
Kritische Demokraten	37	46	35	39	42	45
Zufriedene Demokraten	39	19	46	22	47	16
N	1582	1892	2113	1002	2069	966
Cramers V	.27***		.28***		.39***	

Anmerkung: *** Signifikanzniveau: $p \leq 0.001$

Quelle: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen / Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 263.

Sie formt aus den Angaben einesteils zur konkreten Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie und andernteils zur Präferenz für Demokratie allgemein als einer sinnvollen Regierungsform eine Typologie. Diese reiht die Deutschen auf zwischen „zufriedenen Demokraten“, „kritischen Demokraten“, „opportunistischen Demokraten“ und „Nichtdemokraten“. Zu den letzteren zählt, wer sowohl demokratische Ordnungsvorstellungen ablehnt bzw. ambivalent beurteilt als auch mit dem Funktionieren unserer Demokratie unzufrieden ist bzw. es ambivalent bewertet. Als „zufriedener Demokrat“ wird hingegen verstanden, wer einesteils die Demokratie als Regierungsform befürwortet und andernteils mit der aktuellen Form unserer Demokratie zufrieden ist. „Kritische Demokraten“ bejahen ebenfalls die Demokratie als Ordnungsmodell, stehen dem Zustand der deutschen Demokratie allerdings ambivalent oder negativ gegenüber. „Opportunistische Demokraten“ schließlich sind zwar mit der in Deutschland bestehenden Demokratie zufrieden, bewerten die Demokratie als Staatsform aber ambivalent oder negativ. So zusammengestellt legen die Daten nahe, dass zwar in Ost- wie Westdeutschland die zufriedenen und die kritischen Demokraten gemeinsam die Mehrheit haben, doch in den neuen Bundesländern bei weitem keine so große Mehrheit bilden wie in den alten Bundesländern: Noch 2002 gab es jeweils rund 61 Prozent (Ost) bzw. 89 Prozent (West) recht verlässliche Unterstützer unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung. Zweitens prägen unter den

Demokraten in Ostdeutschland – anders als im Westen – seit jeher die „kritischen“ das Bild, jene also, die zwar mit Demokratie als Staatsform einverstanden sind, doch von der deutschen Realisierung dieser Staatsform keine wirklich gute Meinung haben. Ausweislich der Tabelle 1 ist deren Zahl bis 2005 sogar noch geringer geworden. Drittens gibt es immer schon in den neuen Bundesländern viel mehr Nichtdemokraten als in den alten Bundesländern. Und viertens ist bis 2002 – mit seither klar weiterlaufender Entwicklung – die Zahl der Nichtdemokraten in Ostdeutschland auf nicht weniger als 33 Prozent angestiegen, während der Anteil der „zufriedenen Demokraten“ auf gerade einmal sechzehn Prozent abgesunken ist. Der Prozess ostdeutscher Demokratiegründung ist also allenfalls äußerlich vollendet, während bei der inneren Haltung zur Demokratie in Ostdeutschland sogar destabilisierende Entwicklungen festzustellen sind. Zwar schlagen diese noch nicht wirklich durch, sondern äußern sich erst einmal im Protestwahlverhalten zugunsten der PDS/Linkspartei sowie – seit einigen Jahren – von rechtsextremen Parteien. Gerade für die letzteren gibt es nun, wie die Tabellen 4 und 5 zeigen, ein ihre jetzigen Wahlergebnisse und Umfragewerte weit übergreifendes Potential.

Tabelle 4: Hat Deutschland eine verteidigungswerte Gesellschaftsordnung?

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	2001	2002	1991	2001	2002
Ist es wert, verteidigt zu werden	72	73	79	46	55	50
Habe Zweifel	19	18	11	35	29	28
Unentschieden	9	9	10	19	16	22
Summe	100	100	100	100	100	100

Antworten auf das Statement: „Wenn Sie jetzt einmal an das Leben in Deutschland denken: Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt in der Bundesrepublik ist, wert, verteidigt zu werden oder haben Sie da Zweifel?“ (Zahlen in Prozent).
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, Die veränderte Republik, S. 496.

Es schien nämlich im Jahr 2002 zwar gut drei Vierteln der Westdeutschen und rund der Hälfte der Ostdeutschen unsere Gesellschaftsordnung verteidigungswert zu sein. Doch jeder vierte Ostdeutsche hatte da seine Zweifel, im Westen immerhin jeder Zehnte. Weil aber seither die Zustimmung zur deutschen Demokratie gerade auch in den neuen Bundesländern noch weiter abgesunken ist, sieht es nicht danach aus, als fände sie

dort im Konfliktfall wirklich tatkräftige Unterstützung. Laut Tabelle 5 hielt schon 2002 im Osten jeder Fünfte eine autoritäre Staatsform für besser als die Demokratie und erachtete diese gerade einmal jeder Zweite für eine bewährte Staatsform – wiederum in markantem Gegensatz zu den Westdeutschen. Dabei sind es, wie eine Detailstudie zu Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 zeigte, insbesondere die Älteren sowie jene, die – auf Hauptschulniveau – von der auf Realschul- und Gymnasialniveau intensivierte politischen Bildungsarbeit *nicht* erreicht werden, welche besonders stark autoritären Thesen zustimmen. In gewisser Hinsicht macht dieser Befund immerhin auch optimistisch: Sorgt man nur geduldig für den weiteren Bestand und für gutes Funktionieren der nach der Friedlichen Revolution neu errichteten demokratischen Ordnung, so werden die in ihr groß werdenden Jahrgänge sie schon zu schätzen wissen – und intensiviert politische Bildung mag obendrein das Ihre dazu beitragen können.

Tabelle 5: Demokratie oder autoritäre Staatsform gewünscht?

	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1975	1994	2000	2002	1994	2000	2002
Demokratie hat sich bewährt	78	79	83	82	49	61	50
Autoritäre Staatsform wäre besser	9	10	7	7	20	8	20
Unentschieden, keine Meinung	13	11	10	11	31	31	30
Summe	100	100	100	100	100	100	100

Antworten auf das Statement: „Würden Sie sagen, die Demokratie hat sich bei uns im Großen und Ganzen bewährt, oder meinen Sie, eine autoritäre Staatsform mit einem starken Mann an der Spitze wäre besser für Deutschland?“ (Zahlen in Prozent).

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, Die veränderte Republik, S. 497.

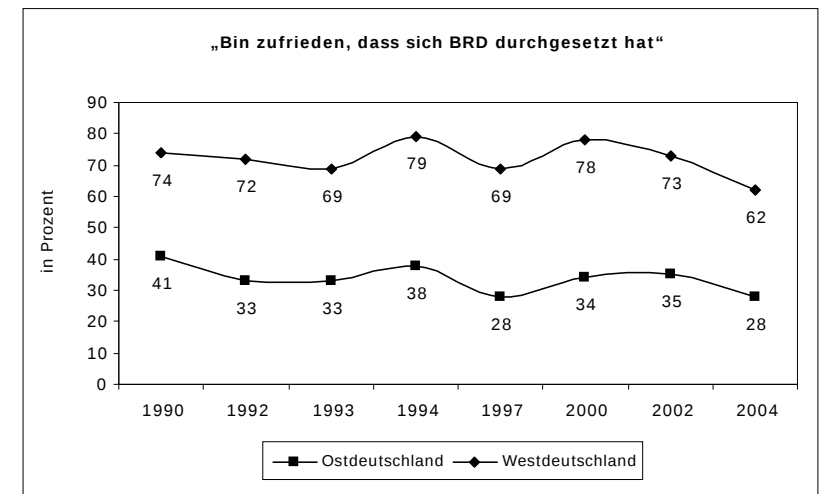
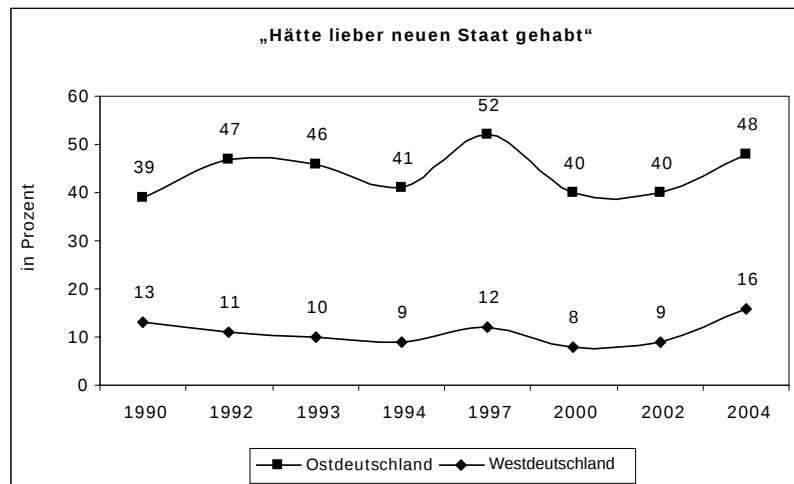
2. WARUM STEHT ES UM DAS DEMOKRATIEVERTRAUEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN SO SCHLECHT?

Drei Ursachen tragen besonders zum so wenig zufriedenstellenden Demokratievertrauen vieler Ostdeutscher bei: die Attraktivität erhoffter Alternativen zur bundesdeutschen Demokratie; ein anders akzentuiertes und der bundesdeutschen Ordnung nicht recht angepasstes Demokratieverständnis; sowie die schlechtere und obendrein auch subjektiv als schlechter empfundene wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern.

Die Attraktivität von Alternativen zur Demokratie

Grundlegendes zeigt die Grafik 3: Nicht nur hätten viel mehr Ost- als Westdeutsche nach der Wiedervereinigung gerne einen „neuen Staat“ gehabt, sondern deren Anteil stieg auch – mit einigem Auf und Ab – von knapp vierzig Prozent im Jahr der Wiedervereinigung auf knapp fünfzig Prozent im Jahr 2004. Auch Westdeutsche, von denen jahrelang gut jeder Zehnte die Wiedervereinigung gerne als Chance zur „Überwindung des BRD-System“ genutzt hätte, stimmten – im so üblichen innerdeutschen Gleichklang – dem retrospektiven Wunsch nach einem neuen politischen System im Jahr 2004 deutlich stärker zu als im Jahr der Wiedervereinigung. Damit spiegelbildlich nahm die Anzahl jener Westdeutschen deutlich ab, die sich darüber zufrieden äußern, dass sich bei der Wiedervereinigung das westdeutsche System als Ordnungsform Gesamtdeutschlands durchgesetzt hat: von jahrelang etwa drei Vierteln auf gut sechzig Prozent. Parallel dazu sank der entsprechende Prozentsatz der Ostdeutschen von gut vierzig Prozent auf knapp dreißig Prozent.

Grafik 3: Neue Staatsform oder BRD-System nach der Wiedervereinigung gewünscht?



Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 492.

Es gibt also allenthalben die schon in Tabelle 1 entdeckte wachsende Entfremdung zur bundesdeutschen Demokratie. Nur ist diese Entfremdung in den neuen Bundesländern besonders stark. Von Anfang an gingen dort sehr viele mit Trotz in das neue politische System: die einen, weil ihr aufgrund vieler Illusionen oder aus klarem Eigeninteresse geschätztes sozialistisches Staatswesen nun vom „Klassenfeind“ übernommen wurde – und die anderen, weil sie allzu wenig vom in Ostdeutschland Bewährten in die neue Staats- und Gesellschaftsordnung einbringen durften. Obendrein werden viele Ostdeutsche die politische Klasse – und gar erst die wirtschaftlichen Mittelschichten – ihres neuen Systems noch allzu stark und in mitunter empörender Weise von Parteigängern oder opportunistischen Gefolgsleuten des alten Systems durchgesetzt finden. Nicht zuletzt aus den Reihen der letzteren scheint sich ein Teil der rechtsradikalen (Protest-)Wählerschaft zu rekrutieren. Die ersteren finden sich hingegen vor allem am linken Rand des politischen Spektrums, die zweitgenannten auch in dessen Mitte: etwa in den Reihen von Trägergruppen der Friedlichen Revolution, die sich nun auf randständigen Positionen befinden oder, aus der Politik ausgeschieden, mit einigem Echo im vorpolitischen Raum wirken und zu dessen systemverachtender Emotionalisierung beitragen. Freilich trugen auch die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse des Vereinigungsjahres nicht wenig dazu bei, dass sehr viele Ostdeutsche eher lustlos in die bundesdeutsche Demokratie hineinfanden: Sie verhagelten ost- wie westdeutschen Linken die vermeintlich bessere

Alternative eines „langsamen“, auf gleicher Augenhöhe ausgehandelten und im Vollzug der Wiedervereinigung gerade auch Westdeutschland verändernden Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten. Stattdessen gab es die – für so manchen allzu schnelle – Wiedervereinigung in Gestalt eines Beitritts der DDR zur ungeliebten „Kohl-Republik“.

In diesem Zusammenhang ist es von nachhaltiger Bedeutung, dass eben jener Sozialismus, für dessen Niederringung Helmut Kohl stand, bis heute – und seit 1991 weitgehend stabil – drei Vierteln der Ostdeutschen als eine „gute Idee“ gilt, die nur schlecht ausgeführt wurde. Unter den Westdeutschen meinte das 2005 auch fast jeder zweite – nach nur 40 Prozent im Jahr 1991. Die Tabelle 6 zeigt, wer in West- und Ostdeutschland besonders stark der Wunschvorstellung eines guten Sozialismus anhängt: natürlich vor allem die Anhänger der Linken sowie die Arbeitslosen, in den neuen Bundesländern obendrein die Wähler der PDS sowie Angestellte und Rentner, desgleichen die – überdurchschnittlich stark von ungewollter Arbeitslosigkeit betroffenen – Frauen. Am wenigsten neigen der Idee des Sozialismus verständlicherweise die ostdeutschen Selbständigen sowie die jüngeren Bevölkerungsteile der neuen Bundesländer zu. Dort ist unter den Jugendlichen dafür in besonderem Grad der Rechtsextremismus attraktiv.

Tabelle 6: Einstellungen zur Demokratie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“		„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“		„Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.“		„Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.“	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Prozent							
Insgesamt	85	64	71	38	46	74	58	29
Geschlecht								
- Männer	86	65	70	36	47	70	60	27
- Frauen	85	64	71	39	45	77	55	30
Altersgruppen								
- 18-34 Jahre	85	66	68	38	44	64	48	29
- 35-59 Jahre	85	62	70	37	47	75	61	26
- über 60 Jahre	87	69	75	40	46	81	61	30

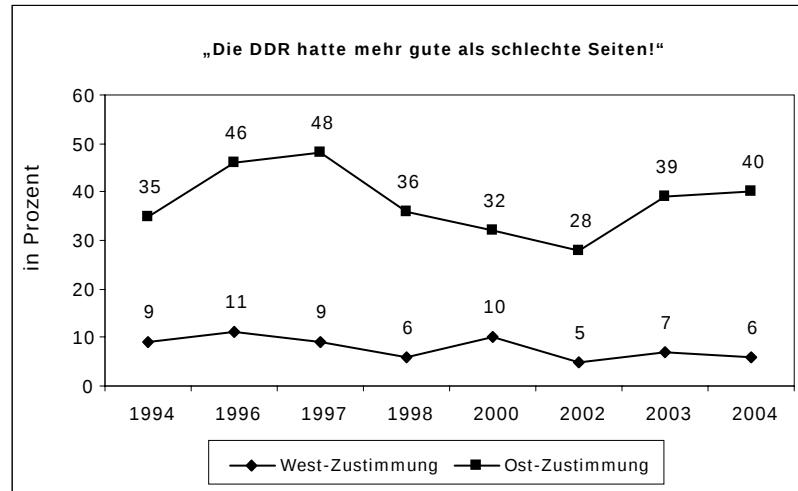
	„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“		„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“		„Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.“		„Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.“	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Prozent							
Berufliche Stellung								
- Selbständige	87	74	66	42	45	43	-	-
- Beamte	90	-	78	-	43	-	-	-
- Angestellte	87	64	74	35	44	77	-	-
- Arbeiter	84	67	66	39	47	58	-	-
- Arbeitslose	74	60	59	31	51	80	-	-
- Rentner/ Pensionäre	86	68	72	40	46	81	-	-
Ideologische Orientierung								
- Links	87	65	72	38	54	80	66	31
- Mitte	85	65	68	36	43	67	60	30
- Rechts	89	65	70	43	28	51	55	29
Parteipräferenz								
- PDS	-	55	-	26	-	97	-	-
- Bündnis 90 / Die Grünen	85	71	60	55	61	62	-	-
- SPD	93	79	80	50	50	71	-	-
- FDP	86	79	72	28	28	67	-	-
- CDU/CSU	89	67	76	42	33	47	-	-

Datenbasis: Eurobarometer 2004, Bürger und Gesellschaft 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, S. 647.

Es scheint jedenfalls so zu sein, dass viele in Ostdeutschland wirklich eine Verbindung von Sozialismus und von Demokratie wünschen. Die PDS trug solchen „Demokratischen Sozialismus“ denn auch unübersehbar und erfolgssichernd im Namen. Womöglich wäre es für die Parteien von der Mitte bis zum rechten Rand darum sinnvoll, diesem ostdeutschen Wunsch dadurch eine zur Linkspartei alternative Ausdrucksmöglichkeit zu verleihen, dass etwa die CDU besonders stark auf „soziale Demokratie“ als ihre Politikvision ausginge und dies mit dauernd wiederholten sowie offensiven Erläuterungen der dafür grundlegenden „Sozialen Marktwirtschaft“ verbände. Obendrein wäre, in Reaktion auf die Befunde der Tabelle 6, dieser Doppelvision durch Maßnahmen konkreter Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik Substanz zu verleihen.

Grafik 4: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten!“

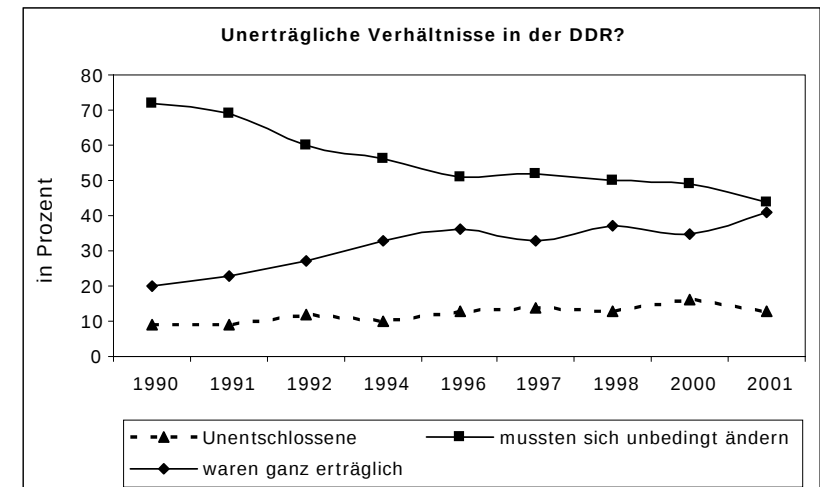


Antworten „stimme (eher) zu“ und „stimme voll und ganz zu“ auf die Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“.
 Datenbasis: Trafo-Querschnitt-Datensatz, EMNID-Zusatzbefragung 2000, Konrad-Adenauer-Stiftung Herbststudien 1996 und 1997, Deutsche Teilstudien des European Social Survey 2003 und 2004.
 Quelle: Neller, 2005, S. 352.

Quelle der Grafik 4 insgesamt: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 334.

Doch nicht nur der Sozialismus als Idee gefällt gerade den Ostdeutschen weiterhin gut. Das tut – ausweislich der Grafiken 4 und 5 – auch die DDR selbst. Sogar eine nennenswerte Minderheit der Westdeutschen will an der DDR – wie im Grunde immer schon – mehr gute als schlechte Seiten entdecken. Unter den Ostdeutschen tun das ohnehin, bei einigem Auf und Ab, an die vierzig Prozent. Dabei gab es besonders deutliche Tendenzen solcher „Relegitimierung“ der DDR nach den Bundestagswahlen von 1994 und 2002. Hinter alledem steht, wie zumal die Grafik 5 vor Augen führt, eine zwischen 1990 und 2001 kontinuierlich vollzogene Schönung des Bildes der DDR: Waren im Jahr der Wiedervereinigung noch gut siebzig Prozent der Ostdeutschen der Ansicht, die in Vorwendezeiten bestehenden Verhältnisse in der DDR hätten sich unbedingt ändern müssen, meinte das zehn Jahre später kaum mehr jeder zweite Ostdeutsche. Stattdessen war der Anteil derer, welche die Verhältnisse in der DDR für ganz erträglich hielten, von zwanzig Prozent auf fast jeden zweiten Ostdeutschen angestiegen.

Grafik 5: Unerträgliche Verhältnisse in der DDR?



Antworten von Ostdeutschen auf die Frage: „Wenn Sie jetzt einmal zurückblicken auf die letzten Jahre vor der Wende in der DDR – waren die Verhältnisse eigentlich ganz erträglich, oder würden Sie sagen, es musste sich unbedingt vieles ändern?“
 Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 329.

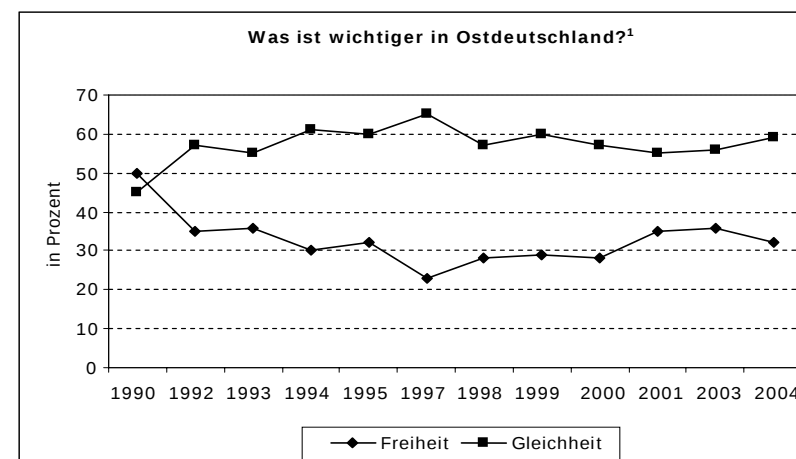
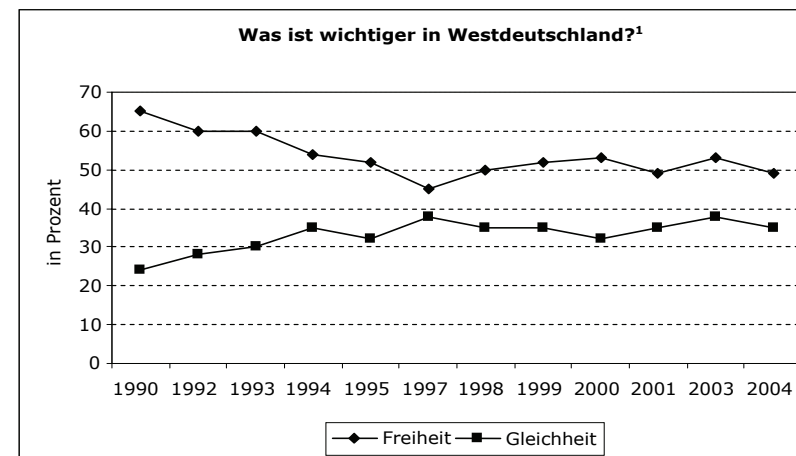
Wie aber kommt es zu einem solchen Meinungsbild, das die Friedliche Revolution wie die mutwillige Zerstörung eines letztlich doch ganz passablen Gemeinwesens aussehen lässt? Ein Stück weit mag sich hier praktische Geschichtspolitik von gestürzten Eliten des alten Systems auswirken, die nicht auch noch das Geschichtsbild ihres siegreichen Gegners durchgesetzt sehen möchten. Mehr noch dürfte eine Rolle spielen, dass eine aufklärende Auseinandersetzung mit dem SED-Staat an Schulen, Hochschulen sowie in den Massenmedien recht selten geworden ist. Das lässt der angepassten Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger freie Bahn, den Teil ihrer passablen persönlichen Erinnerungen an das gestürzte Regime für dessen Ganzes auszugeben. Wohlmeinende Westdeutsche wiederum sind seit der Wiedervereinigung daran gewöhnt, Ostdeutschen doch nicht ausreden zu wollen, wie die DDR eigentlich gewesen sei – nämlich ganz anders, als von ihren Kritikern vorgestellt. Und da seit Entspannungszeiten sehr viele Westdeutsche wirklich gern ein positives Bild von der DDR hegten, versperren auch keinerlei wie selbstverständlich akzeptierte Tabus politischer Korrektheit einer erinnernden Schönung der DDR den Weg.

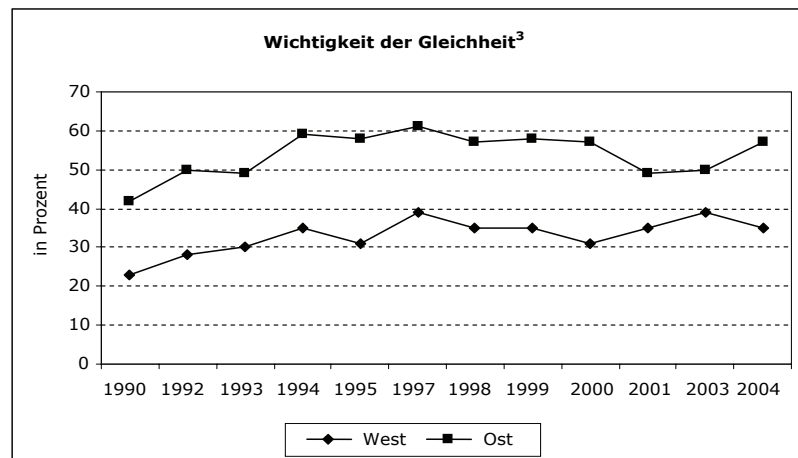
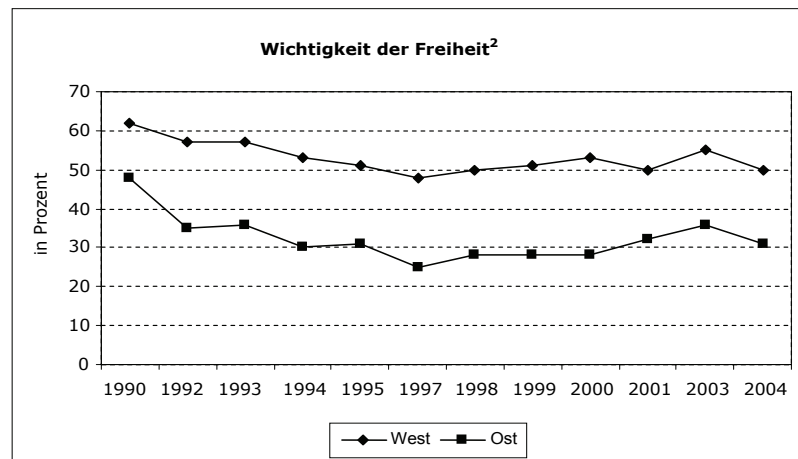
Ihr muss man schon *aktiv* entgegenzutreten und dabei mit erheblichem Widerstand rechnen. Doch es wäre vermutlich ein großer Dienst an der gesamtdeutschen Demokratie, würde man im Osten den Kampf um die historische Deutung der DDR nicht weiterhin vermeiden. Er hat wohl auch Erfolgsaussichten. Es ist nämlich keineswegs so, als ob Ostdeutsche dem SED-Staat einfach nachtrauerten. Ganz im Gegenteil zeigen Zeitreihendaten des Allensbacher Instituts für Demoskopie, dass von 1990 bis heute für noch mehr Ost- als Westdeutsche die Wiedervereinigung ein Grund zur Freude war und dass viel weniger Ost- als Westdeutsche sie als Anlass zur Sorge betrachten.⁵ Insgesamt scheint es so zu sein, dass mit der Errichtung des bundesdeutschen Systems in Ostdeutschland nicht wenige Erlebnisse einhergingen, welche den dortigen Bürgern vieles an der neuen Ordnung vergällten und weiterhin vergällen. Ebenso erfüllt das neue System offenbar etliche Ansprüche (immer noch) nicht, welche die Ostdeutschen vom alten System durchaus erfüllt sahen – ohne es deshalb auch schon für wirklich gut zu halten.

Anders akzentuierte Erwartungen an „die Demokratie“

Tatsächlich zeigen die meisten demoskopischen Vergleichsstudien seit der Wiedervereinigung, dass sehr viele Ostdeutsche ein Demokratieverständnis hegen, das anders als bei den meisten Westdeutschen akzentuiert ist und obendrein vielfach dem nicht gerecht wird, wie unser Staat gemäß seinen Leitgedanken wirklich sein will. Vergleicht man etwa die Einschätzungen von Ost- und Westdeutschen zu zwei Staatstypen (einem liberalen Staat, der nur die wichtigsten Absicherungen für die Bürger unternimmt und sich aus der Wirtschaft heraushält, und einem „paternalistischen Interventionsstaat“, der sich nachdrücklich um die Bürger kümmert und nachhaltig in die Wirtschaft eingreift), so zeigt sich klar, dass ein paternalistischer Interventionsstaat, den man auch als vor- und nachsorgenden Sozialstaat bezeichnen mag, allen Deutschen, ganz besonders freilich den Ostdeutschen, als sowohl menschlicher wie auch als gerechter und obendrein als gewiss zum Wohlstand führender gilt. Einen liberalen Staat halten zwar ebenfalls alle Deutschen – und insbesondere die Westdeutschen – für freiheitlicher.⁶ Doch gerade für die Ostdeutschen zählt Freiheit weniger als Gleichheit oder soziale Sicherheit: Seit der Wiedervereinigung scheint – wie die Grafik 6 an den Tag bringt – den Ostdeutschen die Freiheit weniger wichtig zu sein als die Gleichheit, während das die Westdeutschen gerade anders herum beurteilen.

Grafik 6: Was ist wichtiger – Freiheit oder Gleichheit?





Aussagen:

1 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit/Gleichheit wichtiger.“

2 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit wichtiger.“

3 „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Gleichheit wichtiger.“

Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 508.

Obendrein zeigen aktuelle Befunde zu Sachsen-Anhalt, dass dort bei einer hypothetisch aufgezwungenen Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit über zwei Drittel der Bevölkerung sich für die Sicherheit entscheiden würden, nur ein Viertel aber für die Freiheit,⁷ und dass obendrein dort fast drei Viertel der Bevölkerung meinen, es gehe in Deutschland – alles in allem – eher ungerecht zu.⁸ Wie aber soll man ein ungerechtes Gemeinwesen mögen – eines außerdem, das im Namen der ohnehin so

recht nicht nutzbaren Freiheit jene soziale Gleichheit und Sicherheit verloren gibt, welche die DDR behauptetermaßen einst kennzeichnete? Tatsächlich klingt vor allem den Westdeutschen Demokratie in erster Linie nach Freiheit, den Ostdeutschen hingegen zunächst einmal nach Gleichheit und sozialer Sicherheit. Beides aber ging – im Unterschied zum Aufblühen von Freiheit – nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern klar zurück.

Tabelle 7: Zuständigkeit des Staats für die soziale Absicherung seiner Bürger?

	„Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“							
	West				Ost			
	1991	1994	2000	2004	1991	1994	2000	2005
	in Prozent							
Insgesamt	90	87	85	82	99	97	93	92
<i>Geschlecht</i>								
- Männer	91	85	83	79	99	96	90	91
- Frauen	90	89	86	85	99	97	95	94
<i>Altersgruppen</i>								
- 18-34 Jahre	94	92	91	87	100	97	93	92
- 35-59 Jahre	89	84	82	79	98	96	90	91
- über 60 Jahre	88	87	85	81	98	99	96	94
<i>Berufliche Stellung</i>								
- Selbständige	83	74	75	66	98	83	83	77
- Beamte	90	84	77	67	100	94	82	87
- Angestellte	88	83	81	78	99	96	91	91
- Arbeiter	96	92	89	88	98	100	90	91
- Arbeitslose	96	93	91	87	99	99	96	96
- Rentner/ Pensionäre	87	89	86	83	98	98	96	95
<i>Ideologische Orientierung</i>								
- Links	92	89	89	84	99	98	93	95
- Mitte	90	88	84	81	99	96	92	92
- Rechts	88	82	79	77	99	93	91	88
<i>Parteipräferenz</i>								
- PDS	-	-	-	-	100	99	92	96
- Bündnis 90 / Die Grünen	90	89	86	83	99	98	91	91
- SPD	93	91	87	85	98	96	94	92
- FDP	85	80	77	72	98	92	86	86
- CDU/CSU	87	83	80	77	100	97	89	88

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2004.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Datenreport 2006*, S. 649.

Da sich spätestens seit den mittleren 1990er Jahren unübersehbar zeigte, dass der deutsche Sozialstaat – um nachhaltig zu bleiben – rückzubauen sei, konnte das auch für die Wertschätzung von Demokratie nicht folgenlos bleiben. Immerhin halten die allermeisten Deutschen – und je weiter linksstehend, umso mehr – es für eine Staatsaufgabe, „dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“. Diese Überzeugung hat sich, wie die Tabelle 7 zeigt, zwischen 1991 und 2004 zwar in West wie Ost abgeschwächt, wird aber trotzdem noch im Westen von rund 85 Prozent, im Osten von rund 91 Prozent der Deutschen gehegt. Ist aber eben die Sozialstaatlichkeit eine zentrale Quelle von Legitimitätsglauben, dann kann es schwerlich anders sein, als dass sozialstaatliche Sparpolitik zu verminderter Demokratiezufriedenheit führt.

Tabelle 8: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen?

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in Prozent					
„Sozialleistungen ausweiten.“	28	21	17	71	46	42
„Sozialleistungen wie bisher.“	60	55	57	28	46	48
„Sozialleistungen kürzen.“	12	24	26	1	8	10

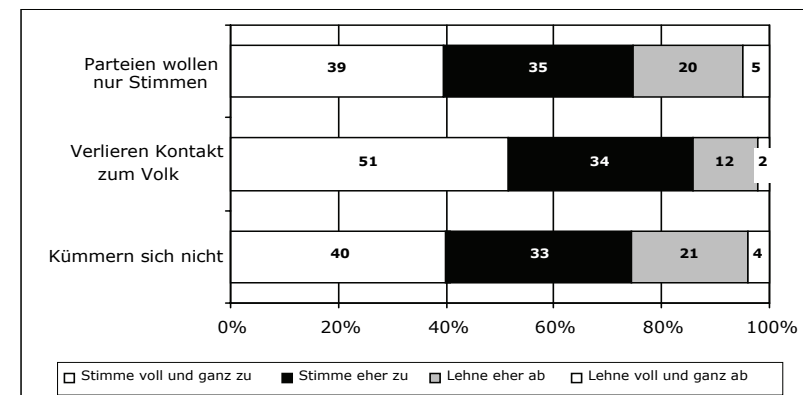
Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, S. 650.

Zwar sind – wie die Tabelle 8 vor Augen führt – die entsprechenden Erwartungen der Deutschen an den Staat seit 1994 durchaus gesunken: Immer weniger erwarten in Ost wie West, dass der Staat seine Sozialleistungen ausweitet, und immer mehr sehen in beiden Landesteilen ein, dass es zu besseren Zeiten eingeführte Sozialleistungen zu kürzen gilt. Doch in den neuen Bundesländern ist solcher Realismus wesentlich weniger verbreitet als in den alten Bundesländern (zehn Prozent vs. 26 Prozent), während zugleich illusorische Hoffnungen auf eine weitere Ausdehnung der Sozialleistungen dort immer noch von nicht weniger als 42 Prozent der Befragten gehegt werden (Westen: siebzehn Prozent). Vergleicht man den Wandel dieses Erwartungsprofils an den Staat mit der in Grafik 1 wiedergegebenen Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, so wird erst recht klar, dass wachsender sozialstaatlicher Realismus eben mit wachsender Enttäuschung über jenen Staat einhergeht, der seine

gern gemachten und lieber noch geglaubten Versprechungen nun nicht länger erfüllen kann. Und auch der Ost/West-Unterschied in der Demokratiezufriedenheit findet hier eine Erklärung: Unsere Demokratie widerspricht stark dem, was gerade die Ostdeutschen in recht besonderer Akzentuierung von einem demokratischen Gemeinwesen erwarten.

Grafik 7: Einschätzungen der politischen Klasse (Sachsen-Anhalt, 2007)



F. 28b, f, g: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

(b) Die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der einfachen Leute.

(f) Nach dem Wahlkampf verlieren die Abgeordneten schnell Kontakt zum Volk.

(g) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler ihre Absichten interessieren sie nicht.

Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt.

Quelle: Fürnberg u.a., Sachsen-Anhalt-Monitor 2007, S. 39.

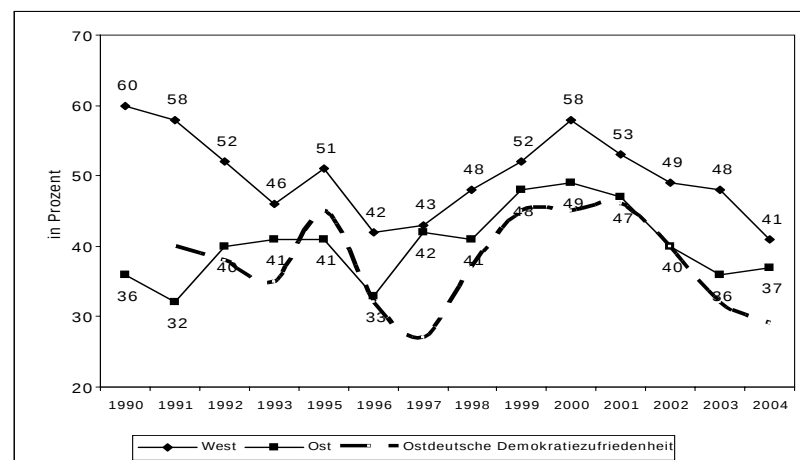
Außerdem scheint auch noch die politische Klasse selbst zu versagen. Aktuelle Daten aus Sachsen-Anhalt, wiedergegeben in der Grafik 7, zeigen das. Rund jeder Zweite dort meint, die Parteien hätten den Kontakt mit dem Volk verloren, und jeweils rund vierzig Prozent sind der Ansicht, die Parteien kümmerten sich nicht um die Probleme der einfachen Leute und wollten eigentlich nur deren Stimmen. Mit einer solchen Demokratie könnte man wirklich nicht zufrieden sein. Zwar stimmen die in Grafik 7 wiedergegebenen Ansichten ebenso wenig mit den Tatsachen überein wie viele andere populären Vorurteile über Politik und Politiker. Doch das bleibt solange folgenlos für die öffentliche Einschätzung unserer Demokratie, wie Massenmedien oder politische Bildung derlei Korrekturen nicht wirkungsvoll vermitteln. Weil hier Besserung freilich nicht zu erwar-

ten ist, wird man sich auf noch lange Zeit anhaltende ostdeutsche Entfremdung zu unserer Demokratie einstellen müssen.

Wirtschaftslage und Demokratiezufriedenheit

Aus Westdeutschlands Geschichte ist bekannt, wie stark dort Wirtschaftsaufschwung und Akzeptanz der neuen Ordnung zusammenhingen. Es gibt keinen Grund, warum das in Ostdeutschland anders sein sollte. Allerdings tritt zwischen die reale Lage und die Wertschätzung der diese Lage ermöglichende politische Ordnung auch noch jener Wirkungszusammenhang, der vom – nach einem polnisch-amerikanischen Soziologen benannten – „Thomas-Theorem“ beschrieben wird. Es besagt: Wenn Menschen eine Situation als bestehend erachten und von dieser Situationsdefinition ausgehend handeln, dann sind die Folgen ihres Handelns real, ganz gleich wie unreal die Situationsdefinition war. Die Grafik 8 zeigt, wie in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2004 die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage mit der Demokratiezufriedenheit zusammenhing.

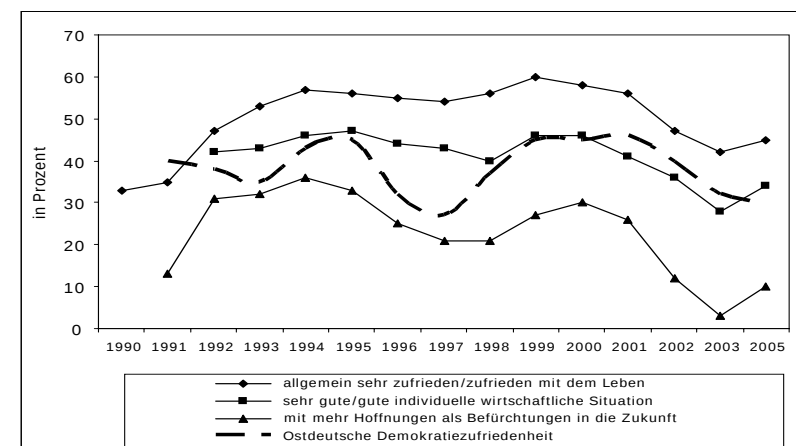
Grafik 8: Subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als sehr gut/gut – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 595. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Man erkennt – erstens – ein Auf und Ab bei der subjektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als gut bzw. sehr gut. Dabei halten die Westdeutschen ihre persönliche wirtschaftliche Lage meist für deutlich besser, als das die Ostdeutschen tun. Ferner verlaufen seit etwa 1993 die Kurven für Ost- und Westdeutschland – wie so oft – recht parallel. Die Deutschen haben also recht gemeinsame Eindrücke von der sie betreffenden Wirtschaftsentwicklung des Landes, wobei sich die Ostdeutschen allerdings stets schlechter gestellt sehen. Also muss – die oben präsentierten Befunde und Interpretationen vor Augen – die geringere Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland wirklich nicht wundern. Zweitens, und noch aussagekräftiger, gibt es unter den Ostdeutschen eine – wenn auch grobe – zeitversetzte Parallelität zwischen der Einschätzung ihrer persönlichen Lage und ihrer Demokratiezufriedenheit: Empfindet man in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Lage für besser, so zieht das nach einiger Zeit auch die Demokratiezufriedenheit nach oben; und verdüstert sich das Bild von der eigenen wirtschaftlichen Lage, so sinkt alsbald auch die Demokratiezufriedenheit. Sofern überdies die sozialstaatliche Absicherung gegen persönliche wirtschaftliche Schwierigkeiten reduziert wird, hat das ein weiteres Absinken der Demokratiezufriedenheit zur wahrscheinlichen Folge.

Grafik 9: Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen in Ostdeutschland – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



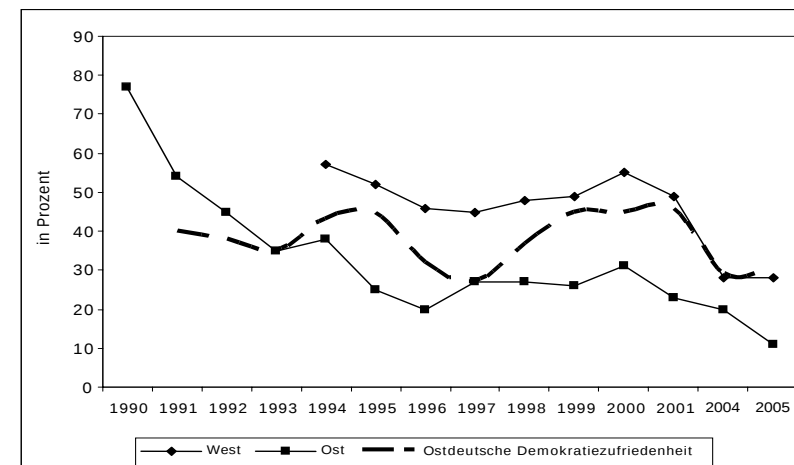
Datenbasis: Sozialreport 2004 und 16. Welle „Leben in den neuen Bundesländern“.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 520. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Den gleichen Zusammenhang veranschaulicht auch die Grafik 9. Die drei dünn eingezeichneten Kurven geben wieder, wie sich – mit jeweils etwas unterschiedlichen Indikatoren erhoben – die Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2005 entwickelt hat. Es ist leicht zu erkennen, dass diese Indikatoren, wenn auch in verschiedener Weise, Ähnliches messen: ein vergleichsweise gutes, da noch stark von Hoffnungen geprägtes persönliches Lebensgefühl, das in den ersten zwei Jahren nach der Friedlichen Revolution stark um sich greift, nach einem Höhepunkt im Wahljahr 1994 bis zum nächsten Wahljahr 1998 abnimmt, vor 2000 noch einmal einen Höhepunkt erreicht – und dann auf 2003 hin dramatisch schwindet, um dann wieder anzusteigen. Die Kurve ostdeutscher Demokratiezufriedenheit folgt dieser Entwicklung im Großen und Ganzen. Freilich weist sie dramatische Ausschläge auf, welche der Wucht massenmedialer Themenkarrieren geschuldet sein dürften: Schon kurz nach der Wiedervereinigung schlägt die bundesweite „Politikverdrossenheit“ durch, desgleichen das Drama des ostdeutschen Wirtschaftszusammenbruchs; man erkennt die üblichen, zu positiverer Einschätzung der politischen Klasse führenden Wirkungen der Wahlkämpfe von 1994, 1998, 2002 und 2005; und nicht minder erkennt man jene politischen Enttäuschungen, welche auf die Zufriedenheitshöhepunkte von Wahlkämpfen zu folgen pflegen – markant nach 1994 und 2002, wo jeweils die Regierung gerade noch einmal im Amt bestätigt wurde, während die Indikatoren der Lebenszufriedenheit schon nach unten wiesen, und sehr deutlich auch – sowie im Gegensatz zur Entwicklung bei den Indikatoren der Lebenszufriedenheit – während des Katzenjammers nach dem euphorischen Beginn der rot-grünen Koalition. Wichtiger ist freilich der in dieser Grafik sich abbildende grundlegende Prozess: Subjektive Lebenszufriedenheit geht in Ostdeutschland klar mit Demokratiezufriedenheit einher. Also wird die Konsolidierung ostdeutscher Demokratie einesteils davon abhängen, wie weit sich dort auch fortan gute, möglichst noch bessere reale Lebensverhältnisse schaffen und auch bewusst machen lassen – und andernteils davon, wie weit sich die Akzentuierung ostdeutscher Erwartungen an unser Staatswesen sowie ostdeutscher Beurteilungsmaßstäbe von Demokratie ins Realistische hinein weiterentwickeln lassen. Dabei wird zumal das Weiterbestehen oder die Verminderung ostdeutscher Arbeitslosigkeit – ihrerseits nicht zuletzt einer viel höheren weiblichen Erwerbsneigung als im Westen geschuldet – über die Entwicklung des Demokratievertrauens entscheiden: Gerade in den neuen Bundesländern gehört Berufsarbeit zum Kern des Selbstverständnisses; gerade dort wird vom Staat die Sicherung des bisherigen Lebensstils selbst im Fall

von Arbeitslosigkeit erwartet; und gerade dort mindert der Rückblick auf die „Vollbeschäftigung“ in der – rückblickend auch insgesamt geschönten – DDR die Wertschätzung des nunmehr bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems.

Grafik 10: Positive Bewertung des Wirtschaftssystems – samt Anteilen jener Ostdeutscher, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind



Positive Antworten auf die Frage: „Haben Sie eine gute oder keine gute Meinung zum Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik?“ Für Westdeutschland keine Zahlen vor 1994 verfügbar.

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 503. Die gestrichelte Linie stammt aus Grafik 1 und gibt die Entwicklung ostdeutscher Demokratiezufriedenheit wieder.

Aus somit recht plausiblen Gründen scheint insbesondere die Wertschätzung unseres Wirtschaftssystems sehr eng mit ostdeutscher Demokratiezufriedenheit einherzugehen. Dass dies wirklich der Fall ist, tritt in der Grafik 10 zutage. Der 1990 gehegte Wunderglaube an das bundesdeutsche Wirtschaftssystem reduzierte sich bis 1993 dramatisch und erlitt nach der Bundestagswahl von 1994 weitere Einbußen, desgleichen – nach seit 1997 gelungener Restabilisierung auf niedrigem Niveau – nach dem Jahr 2000. Erneut verlaufen die Kurven für Ost- und Westdeutschland recht parallel, wobei verständlicherweise die Westdeutschen stets mehr vom – in ihrem Landesteil nun wirklich höchst bewährten – Wirtschaftssystem halten als die Bürger aus den neuen Bundesländern. Vor

allem aber passt sich in beider Kurven Auf und Ab vorzüglich die Kurve ostdeutschen Demokratievertrauens ein: Sie folgt – wiederum durch massenmediale Themenkarrieren akzentuiert – im Großen und Ganzen den Einschätzungskurven unseres Wirtschaftssystems. Weil aber diese letztgenannten Kurven seit der Wiedervereinigung insgesamt – und vor allem in Ostdeutschland – nach unten weisen, lässt sich gut verstehen, warum es um – nicht nur – ostdeutsche Demokratiezufriedenheit so schlecht bestellt ist. Im Grunde kann man das alles auf die Formel bringen: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ – und zwar nicht nur auf der Ebene ihrer realen Entwicklung, sondern mehr noch auf der Ebene gesellschaftlich durchgesetzter Deutungen ihrer Leistungskraft und ihres Charakters.

Tabelle 9: Struktur der Wählerschaft extrem rechter Parteien, 2005

	West + Ost		West		Ost	
	Ges.	Rechte	Ges.	Rechte	Ges.	Rechte
Männlich	48	67	48	64	48	74
Weiblich	52	33	52	36	52	26
Mann bis 34 Jahre	12	21	12	19	13	27
Frau bis 24 Jahre	12	11	12	11	11	11
Mann 35-59 Jahre	22	32	22	29	22	40
Frau 35-59 Jahre	22	13	22	12	22	14
Arbeiter	26	50	24	47	31	55
Angestellte	55	37	56	39	53	31
Arbeitslos	5	11	3	6	9	21
Eigener Arbeitsplatz gefährdet/Verlust	17	34	15	29	25	43

Datenbasis: Politbarometer.

Quelle: Roth 2006, S. 115.

Quelle: Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 435.

Besonders deutlich werden diese Zusammenhänge in der Tabelle 9. Sie zeigt an, wie es im Jahr 2005 um die Wählerschaft extrem rechter Parteien in Ost- und Westdeutschland bestellt war. Weil sich grundsätzlicher Systemprotest in den Altbundesländern bis zur bundesweiten Ausdehnung der Linkspartei, in den neuen Bundesländern seit den ersten faktischen Regierungsbeteiligungen der PDS, eigentlich nur am rechten Rand des politischen Spektrums ausdrücken konnte, ist in den dortigen

Wählerstrukturen besonders gut zu erkennen, mit welchen soziographischen Faktoren große Unzufriedenheit mit unserem System zusammenhängt. Leicht sieht man: Es sind die am unteren Ende der Gesellschaftspyramide stehenden Arbeiter, die von Arbeitslosigkeit Bedrohten und die tatsächlich Arbeitslosen, und unter allen diesen Gruppen vor allem die Männer, welche in erster Linie die von ihnen gehegte Systemunzufriedenheit in Unterstützung für jenes Lager ummünzen, das am allerdeutlichsten unsere Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beseitigen will. Genau diesen drei Gruppen – Arbeiterklasse, von Arbeitslosigkeit bedroht, ohnehin arbeitslos – rechnen sich aber viel mehr Ost- als Westdeutsche zu. Solchermaßen wird klar, bei wem und auf welchen Politikfeldern die CDU in erster Linie politisch anzusetzen hätte, wenn sie ihre staatspolitische Aufgabe als zentrale Integrationskraft rechts der Mitte erfüllen will: Es geht um sowohl überzeugende als auch nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienst der „kleinen Leute“. Und deren Stimmen braucht die CDU obendrein, wenn sie durch die im Grunde linke Mehrheit in Deutschland nicht von der Regierungsmacht ferngehalten werden will.

3. DIAGNOSE UND THERAPIE

Aus vier Gruppen von Ursachen gibt es in den neuen Bundesländern vergleichsweise weniger Demokratievertrauen. Erstens blieben die Leistungen des bundesdeutschen Systems durchaus hinter dem zurück, was sich die Ostdeutschen von ihm erhofften bzw. erwarteten. Dazu trug in den ersten Jahren nach der Friedlichen Revolution weniger so manches reale Defizit unseres Systems bei als vielmehr jener Wechsel, den die Ostdeutschen bei der für sie relevanten Vergleichsgruppe gleich nach der Wiedervereinigung vornahmen: Nicht länger maßen sie sich an der Bevölkerung anderer ehemals realsozialistischer Staaten, sondern an den Bürgern Westdeutschlands. Die aber konnten sie im Durchschnitt realistischerweise nicht einholen – zumal dann nicht, wenn es auch im Westen des Landes zu weiteren Wohlstandsgewinnen kam. Seit 1994, und erst recht nach 2002, wurden außerdem die Rückbaunotwendigkeiten des deutschen Sozialstaates offensichtlich, seit 2003 auch mit der Agenda 2010 angegangen. Das bestärkte dann erst recht das ohnehin nie vollends vergangene „Fremdeln“ vieler Ostdeutscher mit dem bundesdeutschen System.

Zweitens verwenden viele Bürger der neuen Bundesländer einen von westdeutschen Selbstverständlichkeiten markant verschiedenen und dem bundesdeutschen System auch nicht angemessenen Demokratiebegriff, anhand dessen sie die Leistungen dieses Systems beurteilen: Statt in erster Linie Freiheit und Eigenverantwortung erwarten sie von der Demokratie soziale Gleichheit und Sicherheit – was beides aber angesichts unserer notgedrungen rückbauenden Sozialreformen weniger denn je in Aussicht gestellt werden kann. In dieser Lage dienen dann auch noch eine idealisierte Sozialismusvorstellung sowie ein geschöntes Bild von der DDR als zusätzliche Maßstäbe des Urteils. Dieses kann für die bundesdeutsche Ordnung darum gar nicht sonderlich gut ausfallen.

Drittens schlagen Logik und Wirkungsweise massenmedialer Darstellungslogik durch. Vor allem prägt der den Massenmedien notwendigerweise eigentümliche Negativismus („Vor allem schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten!“) zumal das Fernbild sozialer Wirklichkeit: Außerhalb der eigenen Lebenswelt wirkt so gut wie alles schlechter als im eigenen sozialen Nahbereich. Auf eben die Einschätzung der allgemeinen Lage, deren Bild allein durch die Massenmedien vermittelt wird, und somit geprägt von deren Negativismus, gründet sich aber das allgemeine Urteil über die Lage im Land und über den Wert von dessen demokratischer Staatsform. Negative Einschätzungen verschärfend tat der jahrelange und nicht selten agitatorische Populismus der PDS/Linkspartei das Übrige, um ein schlechtes Bild von unserer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu zeichnen. Rechter Extremismus fährt nun als Ernte ein, was im Kampf gegen „Kohls Wiedervereinigung“ oder gegen die „sozial ungerechte“ Agenda 2010 mit großem Eifer gesät wurde.

Abgerundet werden alle diese Effekte – viertens – durch den folgenreichen Trotz loyaler DDR-Bürger in Tausenden von Alltagsgesprächen. Gerade sie aber prägen in Ostdeutschland das Bild von der politischen Lage.⁹ Im Grunde freut es Millionen von Bürgern der neuen Bundesländer, „dass auch die Besserwessis nur mit Wasser kochen“ – womit der Gegenstand ostdeutscher Klagen überdies zur Quelle klammheimlicher Befriedigung wird. Das fällt besonders dort ins Gewicht, wo von politischer und gesellschaftlicher Macht ausgegrenzte Träger des SED-Staates durch die auf der Faktenebene doch ganz unbestreitbare Leistungsfähigkeit des neuen Systems nachgerade gedemütigt werden: Sind denn nun nicht viele jener Probleme gelöst, an denen sich die SED-Elite ganz erfolglos versuchte – vom mangelnden Wohnraum über eine unzureichende

Versorgung mit Gütern des gehobenen Bedarfs bis hin zu solcher Reisefreiheit, die sich nicht gleich in Republikflucht niederschlägt?

Was ist angesichts dieser vier Ursachenkomplexe wohl zu tun, um die Konsolidierung der Demokratie in den neuen Bundesländern weiter voranzubringen? Zunächst einmal muss der – alles in allem – erfolgreiche wirtschaftspolitische Kurs Deutschlands, wenn auch unter gewissen Detailkorrekturen, beibehalten werden. Sodann muss unser Staat den Erwartungen an seine sozialen Sicherungsleistungen weiterhin gerecht werden – und zwar nicht nur faktisch, sondern auch rhetorisch: Es muss schon auch gegen allerlei schlimmzeichnende Propaganda vermittelt werden, wie viel an anderswo schmerzlich vermisster Lebensqualität und Sicherheit unsere Sozialsysteme trotz aller Sparmaßnahmen immer noch gewährleisten. Ferner gilt es, den Kampf um eine den Tatsachen entsprechende Deutung und Bewertung der DDR wenn schon nicht erst aufzunehmen, so doch zu intensivieren: Es darf einfach nicht dazu kommen, dass in unbemerkter Selbstverständlichkeit die DDR überall dort zum hoch zu lobenden Gegenmodell der Bundesrepublik Deutschland wird, wo es nicht gerade um das Ministerium für Staatssicherheit oder um die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft geht. Schließlich – und wirklich nicht zuletzt – ist mehr als bislang in die politische Bildungsarbeit zu investieren. Andernfalls wird sich nämlich weder das zur Einschätzung der so komplizierten Staatsform der Demokratie nötige Hintergrundwissen sichern noch für angemessene Bewertungsmaßstäbe der bundesdeutschen Demokratie sorgen lassen. Landespolitiker haben sich zu diesem Zweck der umsichtigen Qualitätssicherung von politischer Bildung an Schulen, Hochschulen und Landeszentralen für politische Bildung zu widmen; und Bundespolitiker sollten die politisch-bildnerischen Möglichkeiten der parteinahen Stiftungen ausbauen sowie gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung darauf ausgehen, ebenfalls unter Journalisten und Medienverantwortlichen Bewusstsein für gerade auch deren politisch-bildnerische Aufgabe zu schaffen. Obendrein wäre viel gewonnen, würden sich möglichst viele (Spitzen-) Politiker darum bemühen, den Millionen von Bürgern, die sie im Laufe eines Jahres auf verschiedene Weise erreichen, besser als bislang den Wert und das Funktionieren unserer Demokratie zu erklären – nicht nur, aber gerade auch in Deutschlands neuen Bundesländern.

- 1| Vgl. Patzelt, Werner J.: *Politische Kultur und innere Einheit. Eine Bilanz der Wiedervereinigung.* In: Michael Borchard (Hrsg.): *Politische Kultur in den neuen Ländern. Zum Stand der inneren Einheit – eine Zwischenbilanz.* – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. – S. 7-42.
- 2| Scheuer, Angelika: *Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau.* In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 33 (2005) 1.
- 3| Siehe – mit weiteren Literaturhinweisen – Patzelt, Werner J.: *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie.* In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36/2005, S. 517-538.
- 4| Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. – S. 237, 240; Patzelt, *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament.* Siehe Schröder, *Die veränderte Republik*, S. 511.
- 5| Siehe ebenda, S. 505.
- 7| Fürnberg, Ossip / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias: *Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit.* – Halle/Wittenberg: Institut für Politikwissenschaft und Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2007. – S. 22.
- 8| Ebenda, S. 27.
- 9| Vgl. Donsbach, Wolfgang: *Möglichkeiten der Veränderung des politischen Klimas in den neuen Ländern. Welche Kommunikationsformen mit dem Wähler sind erforderlich? Empfehlungen an die Politik.* In: Michael Borchard (Hrsg.): *Politische Kultur in den neuen Ländern. Zum Stand der inneren Einheit – eine Zwischenbilanz.* – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. – S. 43-59.

FORMEN UND SPEZIFIKA DES RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN LÄNDERN

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE POLITIK
UND DIE POLITISCHE BILDUNG

Rudolf van Hüllen

1. RECHTSEXTREMISMUS – EIN PHÄNOMEN DER NEUEN BUNDESLÄNDER?

Die – zumeist negativen – Schlagzeilen, die Rechtsextremismus in der Presse erzeugt, kommen überdurchschnittlich oft aus den neuen Bundesländern. Gleichwohl wäre der Eindruck falsch, beim zeitgenössischen Rechtsextremismus handele es sich um ein „ostdeutsches“ Phänomen. Er ist nicht einmal ein spezifisch deutsches Problem: Praktisch alle westeuropäischen Nachbarländer kennen mindestens rechtsgerichtete populistische Parteien von einiger Größe, und in den jungen Demokratien Osteuropas sind zuvor von der kommunistischen Gewaltherrschaft nur oberflächlich unterdrückte nationalistische Bewegungen wieder sichtbar geworden. Ethnisch, sozial und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten kommen selbst in gefestigten Demokratien vor. Richtig ist aber, dass im innerdeutschen Vergleich Rechtsextremismus in den neuen Ländern günstigere „Gelegenheitsstrukturen“ vorfindet; die *breeding grounds* sind hier deutlich ausgeprägter und die Folgen werden – anders als in

den alten Ländern – inzwischen auch auf der parlamentarischen Ebene in Gestalt von Wahlerfolgen und Landtagsfraktionen sichtbar.

Ohne auf wissenschaftliche Kontroversen zu den Ursachen des Rechtsextremismus näher einzugehen, seien nur einzelne Faktoren benannt, die für eine stärkere Sichtbarkeit des Phänomens gerade in den neuen Ländern von Bedeutung sein dürften:

- Die Bürger in den neuen Ländern zeigen sich bei Wahlen „experimentierfreudiger“, traditionelle Parteibindungen wie im Westen sind weniger ausgeprägt. Damit steigt die Bereitschaft, unkonventionelle und eben gelegentlich extremistische Politikangebote anzunehmen. Ein *Cordon sanitaire* der Ablehnung gegenüber extremistischen Formationen fehlt weitgehend, das zeigt sich abgesehen von den Wahlerfolgen der Rechtsextremisten auch in der umstandslosen Wahrnehmung der mehrfach umbenannten SED als demokratische Partei.
- Demokratische Werthaltungen sind weniger selbstverständlich verankert; die Zustimmungswerte zur Aussage, dass Demokratie die beste Staatsform sei, sind weniger hoch, Demokratie- und Politikverdrossenheit weiter verbreitet.
- Stimmabgaben für rechtsextremistische Parteien werden zum Teil auch als Protest und „Denkzettel“ gegen die „Etablierten“ benutzt. Ähnliches gilt für politische Aktionen unter rechtsextremistischen Vorzeichen: Auch hier spielt der hohe Provokationswert gerade bei jugendlichen Akteuren eine Rolle.
- Die Protestwahltheorie reicht allerdings zur Erklärung rechtsextremistischer Wahlerfolge nicht mehr aus. Wahlanalysen zeigen, dass auch Themen von Rechtsextremisten und Teile ihrer Agitation bei Wählern auf ein positives Echo stoßen.
- Kenntnisse über den historischen Nationalsozialismus sind nach wie vor stark von den Geschichtsklitterungen des „verordneten Antifaschismus“ der DDR geprägt; insbesondere ist die Wissensvermittlung zur rassistischen Komponente des NS-Regimes optimierungsbedürftig.
- Schließlich knüpft rechtsextremistische Agitation mit spezifisch „sozialistischen“ Tönen an mentale Reste von „DDR-Identitäten“ an: Stärkere Gewichtung von Gleichheits- gegenüber Freiheitswerten, ein Verständnis des Staates als paternalistischer Sozialdienstleister, aber auch ein verharmlosendes Bild der SED-Diktatur sind Faktoren, die Rechtsextremisten heute mit Erfolg für sich nutzen.

2. ENTWICKLUNGSLINIEN DES RECHTSEXTREMISMUS

Für die heutige Situation in den neuen Bundesländern sind die Entwicklungslinien des Rechtsextremismus von Bedeutung. Sie beginnen nicht nur unter dem SED-Regime, sondern haben auch einen Teil ihrer Wurzeln in der spezifisch autoritären Prägung der DDR-Gesellschaft. Mit einem geschätzten Potenzial von rund 15.000, teilweise gewaltbereiten, Rechtsextremisten bereits Jahre vor 1989 war schon zu DDR-Zeiten der Boden für die heutige rechtsextremistische Szene bereitet.¹ Sie trat in den ersten Jahren nach der Einheit bevorzugt durch – oft spontan und unter erheblichem Alkoholeinfluss zustande gekommene – Gewalttaten gegen sozial „Andere“ wie Ausländer, Obdachlose, Linke oder Behinderte in Erscheinung. Besonders im ländlichen Raum kam es zur bandenmäßigen Verfestigung rechtsextremistischer Subkulturen, aus denen die heutigen neonazistischen „Kameradschaften“ hervorgingen. Eine wirksame politische Bündelung des Potenzials gelang – abgesehen von dem Strohfeuer des Wahlerfolgs der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt – in den letzten Jahren erst der NPD.

Ihre Wahlergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen deuten darauf hin, dass Rechtsextremismus nicht mehr nur ein Image- und Polizeiproblem ist, sondern sich als politischer Faktor verstetigt hat. Darauf deuten leider auch die Hintergründe der Wahlerfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen (September 2004) und Mecklenburg-Vorpommern (September 2006) hin.

Die NPD hatte schon bei der Bundestagswahl 2005 mit 748.568 Zweitstimmen 1,6 Prozent erzielen können. Dabei lag ihr Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern bei 1,1 Prozent, in den neuen Bundesländern aber bei 3,6 Prozent (319.092 Stimmen). In Sachsen hatte sie 4,8 Prozent, in Thüringen 3,7 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent eingefahren.

Insofern kam der Einzug in die Landtage von Sachsen (19. September 2004 mit 9,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006 mit 7,3 Prozent) nicht wirklich überraschend. Hinzu kommt, dass diese Stimmanteile nicht für eine rechtspopulistische und scheinseriös auftretende Partei abgegeben wurden, sondern für eine Gruppierung, die offen neonationalsozialistisch auftrat und den Institutionen und Grundwerten der Demokratie insgesamt den Kampf angesagt hatte.

Betrachtet man die Wählermotivation, so fällt auf, dass die NPD keinen auf ihre Kandidaten zugeschnittenen Persönlichkeitswahlkampf geführt hatte. Diese Botschaft war angekommen. Die Motivation der Wähler, ihre Stimme für die NPD abzugeben, bezog sich auf die von der Partei thematisierten Politikfelder, und nicht viel anders stellen sich die Werte für die Wiederwahl der DVU in den Landtag des Landes Brandenburg dar:

	DVU Brandenburg 2004	NPD Sachsen 2004	NPD Meck.-Vorp. 2006
	in Prozent		
Arbeitsmarktpolitik	50	57	39
Soziale Gerechtigkeit	28	28	34
Wirtschaftspolitik	30	26	nicht erhoben
Migrationspolitik	28	38	40

Die Tabelle zeigt, dass 2004 die Arbeitsmarktreformen im Zentrum rechtsextremistischer Sozialagitation standen.² 2006 dagegen rückte das bei Rechtsextremisten traditionelle Thema „Ausländer“/Migrationspolitik wieder nach vorne. Es spielt für die Langlebigkeit dieser Vorurteilsstruktur keine Rolle, ob tatsächlich negative Erfahrungen mit Migranten gemacht werden können oder nicht, weil deren Anteil an der Bevölkerung wie in den neuen Bundesländern (ausgenommen Berlin) kaum zwei Prozent überschreitet. Als Motive für ihre Stimmenabgabe zugunsten der NPD nannten die Befragten mit 47 Prozent die Migrationsproblematik und mit 46 Prozent die Arbeitsmarktpolitik. In allen Fällen waren lediglich je rund zehn Prozent der Befragten von einer feststehenden Parteibindung oder von den angebotenen Kandidaten als Persönlichkeiten zur Wahl motiviert worden.

Gegen die Annahme eines ideologisch gefestigten und mit Argumenten nicht mehr erreichbaren rechtsextremistischen Elektorats spricht indessen die Herkunft der NPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Sachsen (19. September 2004) stammten rund vierzig Prozent der NPD-Stimmen von bisherigen Nichtwählern, siebzehn Prozent von Jung- und Erstwählern. Fast 25 Prozent waren frühere CDU-Wähler, sechs Prozent frühere PDS-Wähler, rund zwei Prozent frühere SPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006) bezog die NPD 21 Prozent aus dem Fundus der Nichtwähler, dreizehn Prozent aus Jung- und Erstwählern, 23 Prozent aus früheren CDU-, dreizehn Prozent aus früheren SPD- und acht Prozent aus früheren PDS-Wählern. Insoweit die

NPD als Zielgruppe auf junge Leute gesetzt hatte, ging ihre Rechnung auf: Unter den Jung- und Erstwählern erreichte sie in Sachsen einen Stimmenanteil von 21 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch von siebzehn Prozent. Auch in dieser jungen Alterskohorte war sie bei männlichen erfolgreicher als bei weiblichen Wählern. Der Anteil von Jungwählern in diesen Bundesländern alarmiert.

3. DIE AKTEURE DES RELEVANTEN RECHTSEXTREMISMUS

Dieses unerfreuliche Ergebnis haben Rechtsextremisten mit verhältnismäßig geringen Kräften zustande gebracht. Schon im internationalen Vergleich ist das Mitgliederpotenzial rechtsextremistischer Formationen in Deutschland mit knapp unter 40.000 Personen³ im Verhältnis zu den mehr als 80 Millionen Einwohnern relativ gering. Und von diesem Potenzial ist nicht einmal die Hälfte politisch relevant und in aktuell handlungsfähige Strukturen eingebunden. Unter diesen treten drei Akteure hervor:

- Die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist nach richtiger Aussage eines Journalisten die älteste, aber zugleich auch die modernste rechtsextremistische Partei in Deutschland.⁴ Sie hat 7.000 Mitglieder; ihr stärkster Landesverband ist Sachsen mit 1.000 Mitgliedern. Rund 2.500 ihrer Mitglieder wohnen in den neuen Bundesländern. Die NPD hat in den letzten Jahren eine doppelte Wandlung vollzogen. Sie hat sich von einer traditionellen rechtsextremistischen Partei mit deutschnational-chauvinistischem Hintergrund zu einer offen neonazistischen Formation gewandelt und sich zugleich „modernisiert“: Ihr Auftreten und ihre Agitation sind professioneller, ihre rund siebzig Vollzeitkader sind selbstbewusster geworden. Die NPD verfügt über zehn Abgeordnete im sächsischen Landtag und über sechs im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.
- Die „Deutsche Volksunion“ (DVU), 1971 als Verein und 1987 als Partei gegründet, ist praktisch ein politisches Privatunternehmen ihres ewigen und sehr vermögenden Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Er gibt die politische Richtung der „Phantompartei“ durch seine rechtsextremistischen Publikationen vor, zu denen vor allem die *National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung* (Auflage wöchentlich 40.000) zählt. Die Mitglieder der DVU entwickeln kaum Aktivitäten, ein eigenständiges Parteileben findet praktisch nicht statt. Die Partei bekennt sich formal zum Grundgesetz, ihre Programmatik und Agitation sind aber eindeutig rechtsextremistisch, vor allem fremdenfeindlich und unterschwellig antisemitisch. Die

DVU hat sechs Abgeordnete im Landtag des Landes Brandenburg und einen in der Bremischen Bürgerschaft. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch unter ihren Beobachtern gilt die DVU als Auslaufmodell. Sie wird in der Öffentlichkeit selbst mit ihren Landtagsfraktionen kaum wahrgenommen; ihre Funktionäre beginnen, zur NPD überzulaufen.

- „Kameradschaften“ oder „freie Nationalisten“ sind lose Zusammenschlüsse von bekennenden Neonationalsozialisten. Sie verzichten – als Reaktion auf Organisationsverbote in den neunziger Jahren – heute weitgehend auf formelle und juristisch fassbare Strukturen. Selten sind diese Gruppen größer als 25 Personen und zumeist örtlich verankert. In den letzten Jahren ist unter den 4.100 Anhängern dieser Szene ein Trend zu einem taktisch zivilisierteren Auftreten erkennbar; martialisches Kleidungsstück, Gewalt- und Alkoholexzesse werden eher vermieden. Die meisten „Kameradschaftler“ stehen dem „Bündnis“ positiv gegenüber, doch ist die Zusammenarbeit nicht überall spannungsfrei.
- Neben den „Kameradschaftlern“ existiert weiterhin eine rund 10.000 Anhänger umfassende rechtsextremistische Skinhead-Szene⁵, die junge Leute über Musik an sich zu binden versucht. Skinheads neigen nicht zu kontinuierlicher politischer Arbeit, stellen aber ein gewisses Mobilisierungspotenzial für die 17.000 Anhänger des „Bündnisses“ dar. Die Bedeutung der Skinhead-Szene ist allerdings rückläufig; in ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer laufen anpolitisierte Jugendliche häufig unmittelbar den „Kameradschaften“ zu.

4. DAS NEUE GESICHT DES „MODERNISIERTEN“ RECHTSEXTREMISMUS

Nicht allein bestimmte Gelegenheitsstrukturen sind für die Ausbreitung von Rechtsextremismus verantwortlich. Entscheidend zu ihm beigetragen hat auch eine in den letzten Jahren erfolgte Modernisierung des rechtsextremistischen Politikangebots. „Modernisierung“ ist in diesem Zusammenhang durchaus ein ambivalenter Begriff. Während sich der Rechtsextremismus in seinem Erscheinungsbild und Auftreten tatsächlich modernisiert hat, haben wir es auf ideologisch-programmatischem Feld mit einer Rückwärts-„Modernisierung“ hin zu einem ausgeprägten Neonazismus finsterster Prägung zu tun.

Untersucht man zunächst die politikpraktische Modernisierung des Rechtsextremismus, so fallen folgende Aspekte ins Auge:

- *Strategisch konzipierte Bündnispolitik*: Die Zeiten einer uferlosen Zersplitterung des rechtsextremistischen Potenzials sind offenbar vorüber. Die beiden größeren Parteien NPD (mit steigender Tendenz 7.000 Mitglieder) und DVU (mit rückläufiger Tendenz 8.500 Mitglieder) haben im Januar 2005 ein als „Deutschland-Pakt“ bezeichnetes förmliches Bündnis geschlossen, das bisher zu halten scheint. Zusätzlich hat sich die NPD ideologisch und praktisch an die neonazistischen „Kameradschaften“ angenähert. Diesem Spektrum gehören bundesweit mehr als 4.000 Personen an; die große Mehrzahl der rund 180 Kameradschaften sind stark mit der NPD amalgamiert, so dass diese als dynamisches Scharnier zwischen den drei Elementen des rechtsextremistischen Bündnisses fungiert.
- *Konzentration der Kräfte auf erfolgversprechenden Arbeitsfeldern*: Das gilt einerseits geografisch. Die NPD erklärte die neuen Bundesländer zu ihrem Hauptwirkungsgebiet, weil sie dort überdurchschnittliche Erfolgsbedingungen zu erkennen glaubte. So konzentrierte sie ihre Kräfte erst in Sachsen, verschob sie dann nach Mecklenburg-Vorpommern. Das nächste Schwerpunktziel dürfte mit Blick auf herannahende Landtagswahlen Thüringen sein. Doch selbst in ihren „Schwerpunktländern“ vermeiden Rechtsextremisten eine Verzettlung ihrer Kräfte. Kandidiert und agitiert wird nur, wo man einigermaßen sichtbar präsent ist und ein Überwinden der Sperrklausel denkbar erscheint. Mit dieser Strategie korrespondiert eine Konzentration auf bestimmte Themenfelder, denen man Mobilisierungsfähigkeit zuschreibt: Anti-Kapitalismus, Soziale Gerechtigkeit, Anti-Amerikanismus, Migrationspolitik.
- *Professionalisierung durch Kaderbildung und -schulung*: Besonders NPD und Kameradschaften bemühen sich um die Heranbildung eines professionellen Dispositivs von Aktivisten. Das Idealbild des rechtsextremistischen „Parteisolddaten“ weist Ähnlichkeiten zum Typ des kommunistischen Parteikaders auf. Rekrutierungs- und Ausbildungsziel ist der hauptamtliche, in ideologischen Fragen überzeugte und sattelfeste Berufsrevolutionär, über den die Partei, weil opferbereit, familiär und beruflich ungebunden, jederzeit verfügen kann. Die Anzahl solcher Aktivisten ist zwar begrenzt; die Herausbildung eines Stammes rechtsextremistischer „Berufspolitiker“ dürfte aber schon durch die Präsenz von Rechtsextremisten in kommunalen Vertretungskörperschaften und in Landtagen zunehmen.

- *Verbessertes politisches Marketing:* Hierzu zählen eine professionelle Agitation und Propaganda, die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, moderne Pressearbeit und die sorgfältige Auswahl „vorzeigbarer“ Parteikader. Die landläufige Vorstellung, dass Rechtsextremismus eine Hinterzimmerveranstaltung rückwärtsgewandter und eher sehr schlichter Gemüter ist, wird so plakativ widerlegt. Des Weiteren bemühen sich Rechtsextremisten um „bürgerne“ Aktionsformen, die oft regional-spezifisch ausgerichtet werden. Zum Marketing gehört, dass rechtsextremistische Politik als soziales und bürgerschaftliches Engagement „verpackt“ wird, und zwar besonders in Regionen, in denen die Zivilgesellschaft schwach verankert ist.
- *Taktische Zivilisierung, moderates Auftreten und Zielgruppenorientierung:* Rechtsextremismus bemüht sich, von der Gewalt- und Kriminalitätsaura wegzukommen, die ihn umgibt. Bei den zahllosen Demonstrationen, die von Rechtsextremisten angemeldet werden, haben die „Kameraden“ Weisung, ihre Gewaltneigungen im Zaum zu halten. Stellenweise ist das ursprüngliche martialische Erscheinungsbild mit Glatzen, Springerstiefeln und Baseballschlägern einem „bürgerlichen“ Outfit der Aktivisten gewichen. Dieses scheinseriöse Erscheinungsbild soll Akzeptanz fördern und letztlich erreichen, dass Rechtsextremismus nicht mehr als gesellschaftlich geächtetes Phänomen, sondern als normaler politischer Akteur unter anderen erscheint.
- *Kulturelle Subversion:* Rechtsextremismus bemüht sich dementsprechend, als „soziale Bewegung“ wahrgenommen zu werden. Dazu engagiert er sich mit Aktivitäten, die von der Bevölkerung als „soziales Engagement“ missverstanden werden. Ein NPD-Funktionär hat schon vor Jahren solche Felder benannt: „Mit Aktionen wie Spielplatzsäuberung, Einkaufshilfe oder Liederabenden für alte Menschen, Baumpflanzung, Kinderbetreuung oder Lerngemeinschaften wird jenes soziale Engagement gezeigt und jene Volksgemeinschaft vorgelebt, die auch das Wesen des national befreiten Gemeinwesens ausmachen sollen“⁶. Besonders NPD und „Kameradschaften“ mühen sich, in den neuen Bundesländern in die Rolle des sozialpolitischen „Kümmerers“⁷ zu schlüpfen. Das Zitat belegt freilich ausdrücklich, dass es sich lediglich um eine subversive Taktik handelt, die im Dienste der menschenfeindlichen völkischen Ziele der Rechtsextremisten steht.

Dieser Befund lenkt den Blick auf die – in Anführungszeichen zu setzende – programmatische „Modernisierung“ des Rechtsextremismus. Wiederum kommt der NPD eine Schlüsselfunktion zu: Die nach ihrer Gründung 1964

eher großbürgerlich-deutschnationale Partei, prototypische Vertreterin der „Alten Rechten“, hat über die Jahre eine Radikalisierung erfahren, als deren Ergebnis uns heute eine völkisch-rassistische, im wörtlichen Sinne national-sozialistische Formation gegenübertritt. Die NPD bekennt sich zwar nicht zum NS-System als ihrem historischen Referenzmodell; gleichwohl sind alle Voraussetzungen gegeben, um die Partei als „nazifiziert“ einzustufen. Dafür spricht einerseits ihr enger Schulterschluss mit den neonazistischen „Kameradschaften“, deren Exponenten heute in den Vorständen und Fraktionen der NPD sitzen. Zum Anderen unterstreicht ein Vergleich ihrer ideologischen Grundpositionen mit denen der NSDAP die Wesensverwandschaft beider Parteien. Folgende Elemente treten besonders hervor:

- *Feindschaft gegen die Fundamentalnormen der Aufklärung:* Freiheit, Gleichheit und Humanität als zentrale Normen der Demokratie sind der NPD, den „Kameradschaften“ und – in geringerem Maße – der DVU fremd. Ausdrücklich führt die NPD einen „Kampf gegen die Menschenrechtsideologie“, von der „alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden.“⁸ „Demokratie“ wird zwar als „Nationaldemokratie“ im Mund geführt, aber ausdrücklich im Sinne eines identitär-demokratischen Modells verstanden. Gesellschaftlichen Pluralismus und liberale Freiheitsrechte lehnt der „modernisierte“ Rechtsextremismus ab. Politische Systeme sind für die NPD und ihre Partner nicht das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrags freier und gleicher Bürger, sondern ergeben sich aus Tradition und Erbgut einer „Volksgemeinschaft“.
- *Ethno-rassistisches Gesellschafts- und Menschenbild:* Die von den Rechtsextremisten angestrebte „Volksgemeinschaft“ als angeblich genetisch und kulturell-historisch bedingte Zwangsgemeinschaft ist biologistisch und offen rassistisch konturiert. Grundlage ist ein von der NPD propagiertes „lebensechtes Menschenbild“, das sich auf angeblicher Einsicht in die Verschiedenartigkeit von Menschenrassen, Ethnien und Nationen gründet. Dem Vorwurf, eine Wesensverwandschaft mit der rassistischen Praxis des Nationalsozialismus anzusteuern, weichen „moderne“ Rechtsextremisten aus und führen dagegen das Konzept des „Ethnopluralismus“ ins Feld: Sie betonen, zwar hätten alle Kulturen und Nationen ihre natürliche Berechtigung, müssten sich aber rein und unvermischt erhalten, um den Gefahren einer „multikulturellen Verausländerung“ und des Verlusts ihrer „natürlichen Identität“ zu entgehen. Internationale Kooperation und Konfliktbeilegung, Institutionen wie UN und EU, kultureller und wirtschaftlicher Austausch haben in diesem

Konzept keinen Platz. Für das System des Völkerrechts und der internationalen Konfliktregelung bedeuten die Visionen deutscher Rechtsextremisten letztlich die Rückkehr des Krieges und damit des Faustrechts als normalem Handlungsinstrument zur Durchsetzung „nationaler Souveränität“.

- **Feindbilder:** Aus der kruden Ideologie ergeben sich zahllose, oft nicht näher substantiierte Feindbilder der Rechtsextremisten. Zu ihnen gehören:
 - das politische Institutionengefüge (NPD-Diktion: „das System“),
 - die Grundwerte der Demokratie (NPD-Diktion: „Menschenrechtsideologie“ und „Westliche Wertegemeinschaft“),
 - das Prinzip offener Gesellschaften mit entwickelten internationalen Beziehungen, freiem Reiseverkehr und Warenaustausch (NPD-Diktion: „Multikulti“, „Globalismus“, „One World“),
 - die Marktwirtschaft und der Welthandel (NPD-Diktion: „Liberalkapitalismus“),
 - seltener konkrete Akteure und Politiker (NPD-Diktion: „Systempolitiker“),
 - die USA als Prototyp einer multikulturellen Gesellschaft und Träger eines „völkerzerstörenden Universalismus“ sowie
 - nicht immer deutlich ausgesprochen: das Judentum als angeblicher Träger des „Liberalkapitalismus“. Um nicht offen antisemitisch zu erscheinen, verwenden Rechtsextremisten für das „jüdische Finanzkapital“ die Chiffre „Ostküste“.

5. AUFGABEN FÜR POLITIK UND POLITISCHE BILDUNG

Rechtsextremismus ist in der deutschen Nachkriegsgeschichte stets in zyklischen Konjunkturen verlaufen. Eine dieser Wellenbewegungen brachte der NPD in den späten 1960er Jahren 28.000 Mitglieder, 61 Landtagsabgeordnete in neun Bundesländern und mehr als 400 Kommunalmandate. Davon ist die heutige Situation noch weit entfernt. Gleichwohl wäre es fahrlässig, auf ein selbsttätiges Auslaufen der derzeitigen Rechtsextremismuskonjunktur zu hoffen.

Politische Gegenmaßnahmen müssen unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigen und können auf drei verschiedenen Interventionsebenen ansetzen.

Zielgruppen

Es geht in erster Linie darum, Wähler zurückzugewinnen, die sich für rechtsextremistische Formationen entschieden haben. Die Wahlforschung kennt, wie beschrieben, für deren Entscheidung unterschiedliche Motive. Selbstverständlich kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass ein Kreuz für die NPD eine reflektierte und absichtsvolle Zustimmung zu den ideologischen Grundlagen eines völkisch-rassistischen NS-Gewaltregimes ist. Im Gegenteil muss eher davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Wähler angesichts der fehlenden Politik- und Problemlösungskompetenz der rechtsextremistischen Parteien bei der nächsten Entscheidung anders votiert. Ein anderer Teil wird freilich Stammwählerverhalten und eine gewisse Parteibindung entwickeln und so zu einem fest gefügten Zustimmungssockel des rechtsextremistischen Segments beitragen – mag er auch bei deutlich unter fünf Prozent liegen.

Eine dezidierte Präventionsarbeit hat in jedem Falle Jugendlichen zu gelten, die von Rechtsextremisten heute ganz gezielt über Musik- und Freizeitevents „anpolitisiert“ und dann langsam an das Gedankengut und die sozialen Milieus von Rechtsextremisten herangeführt werden. Durch die jugendliche Altersstruktur vor allem der neonazistischen „Kameradschaften“ und der NPD haben diese relativ gute Chancen, sich einen Zugang zu jungen Menschen zu schaffen.

Vergleichsweise noch schwieriger dürfte die Zurückgewinnung überzeugter Sympathisanten und Anhänger des Rechtsextremismus fallen. Die Effekte pädagogischer Arbeit sind hier eher zurückhaltend einzuschätzen. Eher werden nach aller Erfahrung Einsichten in den menschenverachtenden Charakter der Ideologie, aber auch in die Diskrepanz zwischen der beschworenen „Kameradschaft“ und den offenen Gewaltverhältnissen in den Gruppen selber entscheidend für den Ausstieg aus rechtsextremistischen Milieus sein. Politik und politische Bildung müssen hier helfen klar zu machen, dass nach demokratischer Grundüberzeugung Menschen lernfähig sind, insbesondere aus christlicher oder humanistischer Wertorientierung heraus niemand verloren gegeben wird und jeder die Chance verdient, in die Gesellschaft zurückzukehren.

Politische Bildung gegen Rechtsextremismus muss sich aber auch an Menschen richten, die rechtsextremistische Politik völlig ablehnen: Bei den – bewussten oder unbewussten – Demokraten geht es um die Er-

munterung zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Zur Stärkung der Gegenkräfte ist die Vermittlung von Grundwissen über Rechtsextremismus, von Gegenargumenten (also gleichermaßen begründeten wie auch begründenden Aussagen) zur Widerlegung faktenfälschender und geschichtsklitternder Agitation nachgerade von Neonazis erforderlich. Das bleibt Tagesaufgabe: Selbst engagierte Gegner in Kommunalpolitik, Lehrerschaft und andere Multiplikatoren reagieren oft auf die rechtsextremistische Herausforderung relativ hilflos. Dem gilt es entgegenzuwirken und die Verteidiger der freiheitlichen Ordnung argumentativ zu ertüchtigen. Denn die stellenweise sichtbar werdende Unsicherheit ist erklärbar: Mit camouflierter Nazi-Propaganda hatten sich die Träger der Demokratie bisher nicht wirklich auseinandersetzen müssen, weil es sie im öffentlichen Raum nicht gab.

Interventionsebenen

Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass man Rechtsextremismus auf drei Interventionsebenen begegnen kann. Die erste betrifft das rechtsextremistische Politikangebot (Angebotsstruktur), die zweite dessen Akzeptanz und den Wunsch danach (Nachfragestruktur) und die dritte – davon eher unabhängig – spezifische „Gelegenheitsstrukturen“ extremistischer Politik.

Die erste Interventionsebene liegt in der Verringerung der rechtsextremistischen Angebotsstruktur. Es liegt auf der Hand, dass in diesem Kontext alle administrativen Mittel angewendet werden können, die von der wehrhaften Demokratie für solche Fälle vorgesehen sind. Gleichwohl ist vor einem Übermaß an Repression zu warnen: Es kann „Märtyrer“ erzeugen und bei offensichtlicher Ungleichbehandlung im Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie untergraben. Auch sind Verbote nur bedingt geeignet, politische Probleme zu lösen. Und schließlich steht die schärfste Waffe der wehrhaften Demokratie, das Verbot einer politischen Partei nach Artikel 21 GG, derzeit nicht zur Verfügung, weil das Bundesverfassungsgericht ein 2001 in Lauf gesetztes Verbotverfahren mit einer derart weltfremden Begründung hat scheitern lassen, dass künftige Vorstöße wohl ebenfalls zum Scheitern verurteilt wären. Der frühere Bundesminister des Innern Otto Schily brachte dieses Ergebnis insofern korrekt auf den Punkt als er erklärte, dass mit dem Entscheidungstenor des Bundesverfassungsgerichts vom März 2003 nicht einmal die NSDAP verboten werden könnte.

Politik kann sich bemühen, die Nachfragestruktur nach Rechtsextremismus zu verringern. Offensichtlich haben Rechtsextremisten Themen aufgegriffen und im Sinne ihrer Ziele instrumentalisiert, die von einem Teil der Bürger als Probleme wahrgenommen werden und bei deren Behandlung sie Defizite anderer Parteien zu erkennen glauben. Diesem Umstand entgeht man nicht, indem man solche Themen tabuisiert, weil sie auch von Rechtsextremisten benutzt werden. Viel mehr gilt es aufzuzeigen, dass sie auf demokratischer Grundlage bewältigt werden können: Die demokratischen Parteien müssen mithin ihre eigene Problemlösungskompetenz stärker herausstellen. Zugleich ist erforderlich, auf die ideologische Instrumentalisierung und die völlig fehlende Problemlösungskompetenz der Rechtsextremisten hinzuweisen. Das ist – abgesehen von der moralischen Verwerflichkeit völkisch-rassistischer Ideologie – auch an praktischen Politikfeldern möglich. Die NPD beispielsweise wird nicht müde, sich als Kämpfer für mehr Arbeitsplätze (wenngleich auch nur für Deutsche) in Szene zu setzen, will aber zugleich die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft durch eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ nach dem Vorbild nationalsozialistischer Autarkiemodelle ersetzen. Die verheerenden Folgen einer solchen Politik sind leicht zu extrapolieren.

Schließlich bieten jene „Gelegenheitsstrukturen“, die derzeit vor allem in den neuen Bundesländern die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus befördern, Ansatzpunkte für Interventionen. Hierzu zählen Residuen einer spezifischen DDR-Mentalität, überzogene Erwartungen an den Staat als sozialer Dienstleister, verletzte Selbstwertgefühle, aber auch reale Probleme wie Abwanderung, marginalisierte Randlage, fehlender Wirtschaftsaufschwung, gespürte oder auch tatsächliche Perspektivlosigkeit gerade der jüngeren Generation. Hier gilt es, Gegenkräfte der Zivilgesellschaft zu stärken, die Überlegenheit der freiheitlichen Ordnung offensiv zu verteidigen und gegen die finsternen Visionen der Rechtsextremisten Position zu beziehen. Dies kann nicht von heute auf morgen erfolgreich sein, auch wird es nicht gelingen, alle zurückzuholen, die der Demagogie des nazifizierten Rechtsextremismus aufgesessen sind. Aber gerade für den Streit um politische Kultur jenseits tagespolitischer Sofortmaßnahmen gilt natürlich, dass es sich stets um das sprichwörtliche geduldige Bohren harter Bretter handelt.

- 1| *Zahlen nach: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. – 3., überarb. Aufl. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2000. – S. 64.*
- 2| *Das bezieht sich u.a. auf den in Sachsen-Anhalt und Thüringen augenfälligen Zuspruch für die in ihrer Ideologie und Agitation geradezu archaische maoistische „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), eine Sekte mit 2.000 Mitgliedern, der aber das erstaunliche Kunststück gelang, die „Montagsdemonstrationen“ des Sommers 2004 gegen Hartz IV „erfunden“ zu haben. Diese wurden dann als Erfolgsmodell vom PDS/DKP/WASG-Spektrum übernommen. In Eisenach (Thüringen) entschied die Stadtverwaltung sibyllinisch, dass sich zwei konkurrierende Veranstalter von „Montagsdemonstrationen“ den zentralen Platz in der Stadt im Zweiwochenrhythmus zu teilen hätten. Hinter den beiden als „Bündnisse“ agierenden Veranstaltern steckten die NPD und die MLPD.*
- 3| *Zahlen nach dem Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz. <http://www.verfassungsschutz.de>*
- 4| *Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. – Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2005. – S. 2.*
- 5| *Angaben der diversen Verfassungsschutzberichte. Zahlen solcher „Szenen“ lassen sich weniger genau bestimmen als Mitgliederzahlen politischer Parteien. Man darf davon ausgehen, dass die Verfassungsschutzbehörden bei ihrer Festlegung schon aus politischen Gründen eher zu Großzügigkeit als zur Unterschätzung neigen.*
- 6| *NPD-Funktionär Christian Rogler, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. – Stuttgart: Deutsche Stimme-Verlag, 1999. – S. 165.*
- 7| *Zu dieser Figur vgl. Fischer, Benjamin: Die Kümmerer. Die Kommunalpolitik der extremen Rechten in Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. – Waren: RAA, 2007. – S. 31-35.*
- 8| *NPD-Bundesvorstand (Hrsg.): Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. – Berlin, 2002. – S. 15.*

DIE PARTEI „DIE LINKE“ – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE VOLKS-PARTEIEN?

EIN KOMMENTAR

Arnold Vaatz

1. WIEDERVEREINIGUNG

In den siebziger und achtziger Jahren hatte die linke Seite des politischen Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland einen politischen Grundkonsens erzwungen. Er lautete, dass das Thema „deutsche Einheit“ nicht auf der Tagesordnung stünde, dass es friedensgefährdend, stabilitätsgefährdend, reaktionär und ewig gestrig sei, über dieses Thema zu sprechen. Wer es dennoch tat, wurde weniger mit politischen als mit moralischen Argumenten so weit diskreditiert, bis er schließlich dieses Thema mied. Die wenigen, die in den Medien ausgehalten haben – Gerhard Löwenthal und andere – sind als nicht ganz zurechnungsfähig abgetan worden. Wie wir wissen, ist dann die deutsche Einheit plötzlich im Jahr 1990 eingetreten.

Damit hatte die Geschichte selbst nahezu die gesamte meinungsproduzierende Elite Westdeutschlands – eine große Zahl an Journalisten, Historikern, Politologen, Juristen, Theologen, Psychologen – in peinlicher Weise ad absurdum geführt. Entsprechend war das Entsetzen über die deutsche

Wiedervereinigung. Allerdings dauerte der Schockzustand nur kurze Zeit. Bald konnte festgestellt werden, dass ein allgemeiner Aufschrei der westdeutschen Gesellschaft über das antizipatorische Versagen ihrer überrumpelten Eliten ausblieb. Kein Professor der Politologie, der seinen Studenten gegenüber das Wiedervereinigungsthema als obsolet und unmoralisch abqualifiziert hatte, verlor etwa seinen Lehrstuhl oder das Vertrauen der Studenten – er blieb Professor. Der Journalist blieb Journalist, der Politiker blieb Politiker. Die Strukturen, die mit ihrem totalitären Konformitätsdruck nahezu die gesamte Gesellschaft in den größten kollektiven Irrtum der Nachkriegszeit geführt hatten – namentlich die strikt linke Mediendominanz – blieben intakt.

Die von der Geschichte überrannten, von der Gesellschaft aber ungestraft gebliebenen Strukturen entwickelten nun ein Kernbedürfnis: Nach dem „Supergau“ namens Wiedervereinigung ihre aus alten Zeiten gewohnte Macht in die Zukunft fortzuschreiben. Dazu galt es, das durch die Geschichte dem Gespött preisgegebene eigene geistige Koordinatensystem so umfassend wie möglich zu reanimieren. Dafür war es nötig zu rechtfertigen, wie recht man doch mit seiner Aversion gegen die bürgerliche Demokratie im Allgemeinen und gegen ein vereinigtes Deutschland im Besonderen gehabt hatte. Dazu bedurfte es der Organisation eines bestätigenden Echos aus dem Osten.

2. MEDIEN IN OSTDEUTSCHLAND

Dort nun korrespondierte mit dem Überleben der fehlorientierten Weststrukturen ein gleichfalls erstaunlich unbeschädigtes Überleben der DDR-Medien – erstaunlich weil damit einer der wichtigsten Tentakel des Totalitarismus unbehelligt zur Meinungsproduktion in einer Demokratie übergang.

Das betraf vornehmlich die Zeitungen. Die DDR kannte keine unabhängigen Tageszeitungen, sondern nur solche, die sich jeweils „Organ“ einer Partei nannten. Das offiziöse Blatt der DDR war das *Neue Deutschland*, Zentralorgan der SED. Dieses Zentralorgan hatte hinter sich ein Netzwerk aus Bezirkszeitungen, den „Organen der Bezirksleitungen der SED“. Diese SED-Zeitungen unterhielten in den Kreishauptstädten eigene Lokalredaktionen. Die Blockpartei-Zeitungen, die „Organe“ also von CDU, NDPD und LDPD, besaßen solche Lokalredaktionen hingegen nicht. Sie brachten daher immer einen Tag später die Nachrichten, die zu lokalen

Themen einen Tag vorher in der SED-Zeitung gestanden hatten. Dieser logistische Vorteil der SED-Zeitungen wurde unter Marktbedingungen zum Marktvorteil. Dies allein zog, als der Zeitungsmarkt Ost aufgeteilt war. Aktualität rangierte vor intellektueller Redlichkeit. Den großen Zeitungshäusern West waren die redaktionelle Grundausrichtung oder der Werdegang der Personalkörper in ihren ostdeutschen Neuerwerbungen ziemlich gleichgültig. So konnte sich ungehindert jene Betrachtungsweise der Dinge fortsetzen, die man aus DDR-Zeiten gewohnt war.

Journalist war zu DDR-Zeiten ein begehrter Beruf. Ihn zu erwerben war an Voraussetzungen gebunden, über die der sozialistische Staat streng wachte. Willi Steul hat in seinem Buch *Genosse Journalist* (Mainz: Kinkelbach, 1996) zutreffend beschrieben, dass sich der im so genannten „Roten Kloster“ zu Leipzig in Ausbildung befindliche Journalist als ein Kämpfer an der unsichtbaren Front des Klassenkampfes zu verstehen hatte – und in der Regel auch als solcher verstand. Damit waren die biografischen Grundlagen der Interessenparallelität von Ost und West im Medienbereich komplett.

3. INTERESSENPARALLELITÄTEN

Wer im Osten immer an die Lehren der Partei geglaubt und sein Leben darauf aufgebaut hatte, musste den Lauf der Dinge als Schlag gegen sein bisheriges Lebenswerk verstehen. Ein leitender Angestellter beispielsweise im staatlichen Wohnungswesen, der 1989 bereits das dreißigste Arbeitsjahr in diesem Metier zubrachte, hatte seine Kräfte in dieser langen Zeit stets eingesetzt, um eine Entspannung auf dem Wohnraumsektor herbeizuführen – und Jahr für Jahr war es ihm misslungen. Der Zerfall war immer stärker und umfassender als die Heilung. Unter seiner Ägide zerfielen die Dächer, seine Arbeit hinterließ erst einzelne Häuser unbewohnbar und dann ganze Stadtteile. Was denkt dieser ehemalige leitende Angestellte, wenn er sieht, wie nach 1990 die verhasste kapitalistische Staatsform seine Aufgaben, die er sein Arbeitsleben lang zu bewältigen versuchte, en passant innerhalb kürzester Zeit löst? Es ist ihm unerträglich, dass die von ihm abgelehnte Ordnung etwas vollbringt, worum er sich sein ganzes Leben lang vergeblich bemüht hat. Weil er die Dinge, die sich überall im Land optisch deutlich vollziehen und die in jeder Stadt erkennbar sind, nicht mehr zerstören kann, bemüht er sich, die positive Wahrnehmung dieser Entwicklung in den Köpfen der Menschen zu zerstören.

Er drängt seine Mitmenschen zu einer selektiven Wahrnehmung des Negativen, das es natürlich allenthalben gibt. Er redet seinen ostdeutschen Mitbürgern ein, sie seien Menschen zweiter Klasse; es herrsche Siegerjustiz; die Treuhand habe die ostdeutsche Wirtschaft zerstört; der Westen habe die Ostdeutschen ihrer sozialen Errungenschaften beraubt; an die Stelle des warmherzigen, solidarischen Sozialismus sei eine kalte Ellenbogengesellschaft getreten.

Seine Kommentare hätten keine Chance zu verfangen, wenn das Erinnerungsvermögen der Menschen zuverlässig wäre und die Darstellung der unbezweifelbaren Hinzugewinne an Freiheit, Lebensqualität, Wohlstand und Lebenserwartung gleichberechtigt neben seiner Sicht der Dinge zur Darstellung gelangte. Allein: Diese Botschaften haben keine Chance. Sie sind in den Ostredaktionen unerwünscht. Dort regiert der linientreue Mitläufer der DDR – der will seine peinliche Vergangenheit rechtfertigen. Und sie sind in Westredaktionen unerwünscht. Dort regiert der linke Mainstream-68er – dieser will sein zerstörtes Koordinatensystem flicken. Beide suchen sich die brauchbarsten Wahrheiten.

Die Symbiose der parallelen Interessen hat dazu geführt, dass es bis heute keine wirklichen ostdeutschen Medien gibt. Dies gilt insbesondere für den elektronischen Bereich. Es gibt sie nicht und es gab sie nie. Bis 1989 waren sie von der SED okkupiert und deren Propagandainstrument. Und ab 1989 wurden sie mit verbliebenem Ostpersonal betrieben und von Westpersonal regiert. Formal mag es einen Mitteldeutschen Rundfunk geben. Aber die Meinungsproduktion Deutschlands bestimmt der Westen des Landes. Im Westen wird definiert, was der Osten ist.

„Neue Länder“ sind selbstverständlich nicht die bis zum Jahr 1945 in der deutschen Geschichte noch völlig unbekannten Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz, sondern das sechshundertjährige Sachsen und das tausendfünfhundertjährige Thüringen. Neu ist das, was dem Westen neu ist. Der Westen erklärt dem Osten, was der Osten denkt, wie er fühlt, was er ersehnt, was er fürchtet. Der Osten formte sich nach den Vorstellungen des Westens. Der Westen bestimmt, wer für den Osten spricht und wer nicht.

Die angekündigten blühenden Landschaften sind in Ostdeutschland in weit über allen Erwartungen liegendem Maße Realität geworden. Wer den Osten vor 1989 erlebt hat und ein Minimum an Ehrlichkeit besitzt, der

muss einräumen, dass er sich eine so schnelle Gesundung von Umweltsituation, Infrastruktur, Versorgungsnotstand, Teilhabechancen, Lebenserwartung und Lebensqualität niemals mehr in seinem Leben hat vorstellen können, geschweige denn, in einem Zeitraum von nur etwa zehn Jahren. Dies alles mochte zwar die Wahrheit sein. Wer diese Wahrheit aber aussprach, dem wurde schon ganz kurz nach dem Jahr 1990 im Allgemeinen das Mikrofon abgestellt. Die von westdeutschen Redakteuren ausgesuchten und geförderten Sprecher Ostdeutschlands hießen Regine Hildebrandt, Gregor Gysi, Friedrich Schorlemmer. Und diese Sprecher bestätigten das alles nicht. Deshalb taugten sie für die Medien als Sprecher Ostdeutschlands.

So wurde im Westen ein neues Bild des vereinigten Deutschland geschaffen, das geeignet war, das Desaster der westdeutschen Linken zu bemänteln und sie für ihren Anteil an der Desorientierung der deutschen Gesellschaft zu exkulpieren.

4. DIE SED WURDE AUS IHRER VERANTWORTUNG ENTLASSEN

Im Zuge dessen wurde die SED vollständig aus ihrer Verantwortung für die DDR entlassen. Niemand konfrontiert sie mehr mit dem Vorwurf, die eigentliche Verursacherin all der notwendig gewordenen Finanztransfers von West nach Ost zu sein.

Dieses politische Versagen der Demokratie im Umgang mit ihren Todfeinden macht den wichtigsten Wesenszug der postkommunistischen Ära in Ostdeutschland aus. Es ist denn auch nicht die Politik gewesen, die diesen Mangel zutage gefördert und gemindert hätte. Es war die Kunst. Filme wie „Das Leben der Anderen“ und „Die Frau am Checkpoint Charlie“ haben gezeigt, in welche peinliche Selbstzensur bereits fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung der von der westdeutschen Linken aufgezwungene Konformitätsdruck die Gesellschaft getrieben hatte. Natürlich gehören dazu zwei: Der eine, der den Druck erzeugt, und der andere, der ihm erliegt. Erlegen sind wir ihm unter starker Mithilfe selbstgemachter Fehler.

5. UNTERSCHIEDLICHE WESENTLICHKEITEN

Der Osten hatte keinen Begriff von der Absurdität westlicher Vorgaben und der Macht westlicher Rituale, die der Osten grundlos und ohne nähere Reflexion nachahmte. Der Osten machte sich keine Vorstellung von dem Maß der Inkompatibilität von Wesentlichkeiten: Streitfragen, die im Westen die ganze Gesellschaft erschütterten, hatten für ihn eine in seinen Augen die ganze westliche Gesellschaft entwürdigende Bedeutungslosigkeit.

Ein Beispiel: 1991 war die Zeit, in der ehemalige Treuhandbetriebe nacheinander umkippten. Sobald sie privatisiert waren, stellten sie ihre Tätigkeit ein. Es kam zu heute unvorstellbaren Entlassungswellen. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant an. Jeden Tag demonstrierten Menschen, die ihren Job verloren hatten, vor dem Landtag. Wir wussten nicht ein noch aus, und man sollte meinen, dass wir gar nicht anders konnten, als alle unsere Kräfte dieser Lage zu widmen. Und worüber stritt, auf Initiative der Grünen, der sächsische Landtag? Darüber, ob künftig in öffentlichen Verlautbarungen die geschlechtsneutrale extragrammatikalische Erfindung, das große „I“ in der Mitte einer Berufsbezeichnung – JournalistIn, PilotIn usw. – zu verwenden sei.

Dies war ein in Westdeutschland von den Linken in den Rang der Wesentlichkeit erhobenes und dort von nennenswerten Teilen der Gesellschaft akzeptiertes Thema. Für die Ostdeutschen gab es dringlichere Probleme. Die Ostdeutschen fingen daher allmählich an, die westdeutsche Gesellschaft zu belächeln und nicht mehr ganz ernst zu nehmen.

Ein weiteres Beispiel betrifft das Schulwesen. In der DDR gab es zwar einen bis ins Groteske ideologisch indoktrinierten und dominierten Schulunterricht. Aber mitten in dieser Malaise lehrten die Lehrer in den DDR-Schulen doch leistungsorientiert. Mindestens in den Naturwissenschaften, in den Sprachen und trotz ideologischer Tendenzeinwirkung oft auch in Geografie und Geschichte zählte die intellektuelle Leistung des Schülers. Sie wurde herausgefordert. Zwischen Schülern fanden Leistungsvergleiche statt, der Leistungsfähigere wurde anerkannt und gefördert. Nach der Wiedervereinigung galt nun der Angriff auf das ostdeutsche Schulwesen durch die westdeutsche Schulpraxis keineswegs den Mängeln dieses Systems, seiner Ideologiebelastung, seinem totalitären Geist – nein: Er galt gerade dem leistungsorientierten Lernprozess der Schüler.

„Antiautoritäre Erziehung“, die zu völliger Preisgabe von den im Westen so angefeindeten aber im Osten durchaus geachteten Sekundärtugenden führt, das Unterbinden von Leistungsvergleichen aus Datenschutzgründen und damit das Unterbinden von Wettbewerb, die völlige Missachtung von Grundprinzipien, wie Respekt und Anstand – all das sind Erscheinungen im Schulwesen, die in Ostdeutschland weit über Parteibindungen und Wahlgewohnheiten hinweg den Eindruck zulassen, die westdeutschen Implementierungen im Schulsystem dienten keineswegs der Ertüchtigung der eigenen Kinder, sondern schädigten sie eher.

6. DIE LINKSPARTEI

Über Themen dieser Art – denen sich noch viele Beispiele hinzufügen ließen – findet nun keine ostdeutsche, sondern eine rein westdeutsche Debatte mit vom Westen ausgewählter ostdeutscher Hilfestellung für die westdeutsche Linke statt. Mit dieser Debatte mag man das Ohr der alten DDR-Eliten gewinnen, aber man sendet an den Frequenzen vorbei, auf denen die Ostdeutschen in ihrer Mehrzahl erreichbar wären. Das scheint mir einer der Gründe zu sein, weshalb viele Ostdeutsche zu extremen Parteien wandern. Und es hat dazu geführt, dass die SED-Nachfolgepartei unter den Namen PDS und „Die Linke“ das Gebiet ihrer Deutungshoheit immer weiter auszudehnen vermag.

Deutungshoheit ist nicht zu verwechseln mit argumentativer Überlegenheit. Wenn ich im Fernsehen erkläre, der amerikanische Präsident Bush sei ein Schurke, dann muss ich dies nicht begründen. Erkläre ich aber, ich halte ihn für unterstützungswürdig, so wird eine Begründung verlangt. Die kurze Zeit, die man beim Fernsehen gibt, reicht dafür im Allgemeinen nicht. Das heißt: Ich breche – falls ich mich gegen die Vorgaben der Deutungshoheit wende – unter dem Widerspruch und dem Kopfschütteln der anderen zusammen, ohne die Gelegenheit zu erhalten, meine Position zu begründen.

Seit vielen Jahren schrumpfen die Bereiche, in denen die CDU die Deutungshoheit hat. Was man von den Grundüberzeugungen unserer Programmatik ohne Begründung in der Öffentlichkeit multiplizieren kann, wird immer weniger. Die Menge konkurrierender Feststellungen, die ohne Begründung von der anderen Seite in der Öffentlichkeit multipliziert werden kann, wird immer größer. Schuld daran ist nach meiner Auffassung nicht die Qualität unserer Argumente, sondern dass wir zu wenig um die Deutungshoheit in Ostdeutschland gekämpft haben.

Im Umgang mit der PDS galt zunächst, man müsse sich sachlich mit ihren Thesen auseinandersetzen und solle nicht auf Konfrontation setzen. Gemeint war damit: Man solle darauf verzichten, die Rezepte der PDS an ihren Vorleistungen als Staatspartei zu prüfen. Tat man es, dann wurde dies moralisch diskreditiert, galt als unschicklich. Viele richtige Argumente wurden aus Angst vor Konfrontation von vornherein als unsachlich abqualifiziert, obwohl sie eigentlich berechtigt und begründet waren.

Die westdeutschen Medien beurteilten die politische Auseinandersetzung aus der oben erwähnten Interessenlage denn auch sehr einfach. Wer sich mit den politischen Thesen der PDS auseinandersetzte und jemandem gegenüber dabei auch deren Glaubwürdigkeit mit dem Verweis auf die SED-Vergangenheit der Partei erwähnte, dem wurde vorgeworfen, er beschränke sich darauf, der PDS ausschließlich ihre Vergangenheit vorzuwerfen. Jede Erwähnung der Vergangenheit dieser Partei wurde abgelehrt.

Diese Tabuisierung half der unzutreffenden Meinung zum Durchbruch, die PDS – heute „Die Linke“ – sei mittlerweile eine demokratische Partei. Damit vergisst die Gesellschaft ein Stück Geschichte: Diese Partei war 1989 zu ihrer Gründung identisch mit der SED. Die Parteizugehörigkeit der SED-Mitglieder wurde in der SED niemals beendet. Voraussetzung für den Eintritt in die PDS war nicht der Austritt aus der SED, sondern die Mitgliedsbücher sind automatisch umgeschrieben worden. Dieselben Leute, die 1989/90 das neue Mitgliedsbuch erhielten, haben bis zu diesem Zeitpunkt nicht nur die parlamentarische Demokratie als einen Ausdruck des Imperialismus, als eine absterbende und aggressive ausbeuterische Gesellschaftsordnung bezeichnet und niemals etwa die Grundsätze akzeptiert, die heute das Grundgesetz für alle Deutschen vorschreibt, sondern sie haben auch Millionen unschuldiger Menschen dazu gezwungen, ihnen diese Verachtung der Demokratie unter Androhung von Gewalt nachzusprechen. Und sie haben das Vermögen und die Liegenschaften der SED soweit wie möglich übernommen.

Diesem Thema hat sich die CDU in den letzten Jahren nicht ausreichend gewidmet. Sie hat es auch immer wieder vermieden die (infolgedessen auf 78 Prozent Zustimmung angewachsene) Auffassung anzugreifen, dass der Sozialismus eigentlich eine gute Sache gewesen sei. Sie fürchtet Streit und Konfrontation und setzt sich dadurch dem Verdacht aus, ihren eigenen Argumenten zu misstrauen.

Wir müssen uns einig werden, ob wir nun eigentlich führen oder ob wir geführt werden wollen. Wenn wir auf die Umfragen schauen und fragen: Was will die Öffentlichkeit? – und uns dann dem Mehrheitswillen anpassen, dann werden wir die fortschreitende Dominanz des PDS-Koordinatensystems in den Köpfen der Ostdeutschen nicht verhindern können.

Wenn wir aber führen wollen, dann heißt das: Wir müssen den Anspruch haben, die öffentliche Meinung, so dominant sie auch sein mag, zu verändern – und nicht uns zu verändern angesichts einer öffentlichen Meinung, die unserer Auffassung widerspricht. Diese Grundfrage muss vor jeder politischen Tagesdiskussion geklärt werden. Enthalten wir uns dieses Anspruchs, dann werden wir höchstwahrscheinlich keine Chance haben, das Interesse an uns zu steigern und das Vertrauen in die Demokratie zu erneuern.

Es ist Zeit dazu. Denn die Linke hat jetzt schon eine wesentlich entwicklungsfähigere Position als früher. Die Phase, in der die Linke nur negative Botschaften hatte, nur wusste, was sie nicht wollte, ist vorbei. Aus einer Zeit der ausschließlich negativen Botschaft ist jetzt eine Zeit auch der positiven Botschaft geworden.

7. POSITIVE UND NEGATIVE BOTSCHAFTEN

Zunächst ein kurzer Rückblick: In den achtziger Jahren waren sich zwei große kommunistische Führer darüber einig, dass ihr System in eine Sackgasse geraten ist, dass der technologische und der kulturelle Abstand zum Westen von Woche zu Woche größer wird, dass man eines Tages wahrscheinlich mit massenhafter Unzufriedenheit im eigenen Land konfrontiert sein wird und aus diesem Grunde gegensteuern muss.

Nun beruht der Kommunismus auf zwei Säulen: Die eine ist das Einparteiensystem, die andere ist das Volkseigentum, die staatseigene Wirtschaft. Der eine kommunistische Führer hat gesagt: Der Erfolg des Westens beruht auf dem Wettbewerb der Ideen. Wenn wir dort ein wenig mehr Pluralität zulassen, so dass wir als Politiker optimale Entscheidungen fällen können, weil wir es einfach freier diskutieren, dann könnte möglicherweise die andere Säule des Sozialismus, nämlich die volkseigene Wirtschaft, erhalten bleiben und wir kämen aus der Sackgasse heraus. Der andere große politische Führer sagte: Der Erfolg des Westens beruht auf dem Wettbewerb der Wirtschaft. Wenn wir ihn zulassen und auf diese

Weise aus unserer wirtschaftlichen Stagnation herauskommen, dann könnte es sein, dass die andere Säule des Sozialismus, nämlich das Einparteiensystem, erhalten bleibt. Der eine hieß Gorbatschow – der andere hieß Deng Xiaoping. Der Staat von Gorbatschow ist erloschen. Der Staat von Deng Xiaoping ist heute eines der wirtschaftsstärksten Gebilde der Welt.

Dies ist eine Botschaft, die mittlerweile auf der Welt aufgegriffen wird. Sie lautet: Diktatur und wirtschaftlicher Erfolg schließen sich nicht aus. Der nationalpopulistische Linksdruck Lateinamerikas hätte ohne das Vorhandensein dieser chinesischen Alternative zur Demokratie und zu den USA kaum das heutige Maß seiner Überzeugungskraft in den betroffenen Gesellschaften. Und nun kommt die positive Botschaft der Linken: Schaut euch an, wie sich die Welt vom Erzfeind Amerika abwendet! Wie sie die alten kommunistischen Ideale wieder entdeckt, das alte Schema von gut und böse, fortschrittlich und reaktionär!

Die konkrete Konfliktlage auf der Welt kommt diesen Wertungen entgegen. Der Fundamentalismus ist von der westlichen Welt auf eine frappe Art exkulpiert. Nicht ihn lassen die Medien als Urheber alles Entsetzens gelten, sondern den, der ihn bekämpft. Die Präsenz westlicher Armeen in Afghanistan und dem Irak wird von den Linken im Kern verworfen. Jede Diskussion, welche Folgen dies für die alleingelassenen Gesellschaften hätte, ersticken sie, weil sie wissen, dass es ihnen in diesem Fall gelingen wird, die Hunderttausende von Toten, die der Fundamentalismus fordern wird, wenn er mit wehrlosen Gesellschaften allein im Haus ist, wiederum als die Toten als verschuldet von Amerika und dem Westen auszugeben. Dazu wärmen sie schon heute ihre alten Theorien auf, wonach die Demokratie westlicher Bauart im Kern aggressiv ist, im Kern auf die Bevormundung und auf die Unterwerfung von anderen ausgerichtet ist – und auch das mit immer mehr Zuspruch in der Öffentlichkeit.

Ich glaube, dass wir mit der Auffassung, wir könnten ohne Konfrontation mit der Linken politisch überleben, falsch liegen. Ich glaube, dass es ein Fehler war, die harte Ansprache der Linken Mitte der neunziger Jahre aufzugeben.

8. FAZIT

Wir dürfen nicht schnell das Thema wechseln, wenn es heißt: „Die DDR war doch besser“ oder: „Sozialismus ist doch eine gute Idee“ – sondern müssen klar und vernehmlich nein sagen und dies auch begründen. Die Mauer war keine böse Erfindung von Ulbricht. Sie war zwingend erforderlich, wenn man den Sozialismus weiter am Leben erhalten wollte. Sie war kein individuelles Versagen, sie war der Stein gewordene systemimmanente Zwang. Sie war das Resultat dessen, was sich bis 1989 mit dem verlogenen Namen „DDR“ benannte. Die Gestaltungsspielräume, die unterstellt werden, wenn man sagt, es hätte einen dritten Weg gegeben, vermag keiner zu beschreiben, weil es sie nicht gibt und nicht gab. Die prinzipielle Konkurrenzunfähigkeit des Gesamtsystems verursachte Stagnation, die Suspendierung von Grundrechten und den Gebrauch von Gewalt zur Erhaltung des Staatsgebildes. Weil wir im Jahr 1990 dem Glauben an jenen imaginären dritten Weg nicht entschieden genug widersprochen haben, hört man nun im Osten immer öfter, man habe Einzelkomponenten aus dem System DDR herausnehmen und isoliert weiterführen können und dabei die finsternen Komponenten – Diktatur, Überwachung, Mauer und Schießbefehl – nicht ebenfalls in Kauf nehmen müssen.

Ihre Stärkung im Osten kann die PDS heute mit ihrer gelungenen West-erweiterung krönen. Ich glaube nicht, dass die West-Linke früher oder später die Ostidentität der ehemaligen SED vernichtet. Es interessiert in Dresden niemanden, wer in Bochum die PDS oder die Linke repräsentiert und wie die Leute dort reden. Die PDS wird ihrerseits sehr sorgfältig darauf achten, dass es zu keiner Dominanz von Splittergruppen und von Chaotengruppen aus dem Westen innerhalb der PDS oder der Linken kommt. Die deutschlandweite Ausdehnung macht zum ersten Mal seit 1989 aus dem reinen Abwehrreflex der PDS die reale Hoffnung, eines Tages mitzuregieren und tatsächlich das Land verändern zu können. Aus diesem Gedanken wird die Linke in den kommenden Jahren enorme Kraft schöpfen. Mit einer Appeasement-Philosophie werden wir die Linken in fröhliche Sieger verwandeln.

PERSPEKTIVEN DER FINANZPOLITIK IN DEN NEUEN LÄNDERN

AM BEISPIEL SACHSEN

Horst Metz

Neben gesellschaftspolitischen Fragen ist auch die Finanzpolitik der neuen Länder ein wichtiges Thema unserer Zeit. Und zwar deshalb, weil Finanzpolitik nicht nur per se eine Querschnittsaufgabe ist, sondern weil sie mehr und mehr andere politische Felder beeinflussen wird.

Zudem unterliegt die Finanzpolitik in Ostdeutschland besonderen Bedingungen. Es sind die Bedingungen des Nachholprozesses, des Aufbaus, der Modernisierung von Infrastruktur und Wirtschaft. Hinzu kommt, dass die finanziellen Hilfen für den Osten zurückgehen. Ab 2009 wird der Freistaat Sachsen Jahr für Jahr jeweils knapp 200 Millionen Euro weniger an Solidarpaktmitteln vom Bund erhalten.

Auch die Zuweisungen aus den EU-Strukturfonds gehen zurück. Im Länderfinanzausgleich erhalten die ostdeutschen Länder weniger Geld, weil sie Einwohner verlieren. Jeder Einwohner weniger schlägt in Sachsen jährlich mit über 2.300 Euro zu Buche.

Die Länderhaushalte Ostdeutschlands werden jeweils nur ungefähr zur Hälfte aus eigenen Steuereinnahmen getragen. Der Rest sind Mittel Dritter – nämlich vor allem die genann-

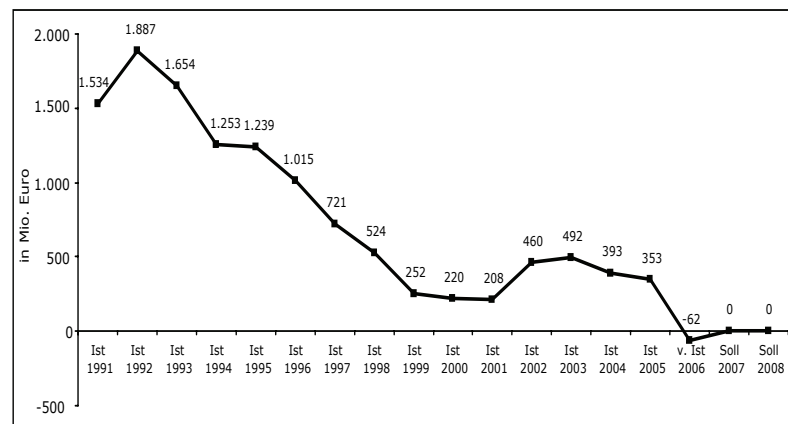
ten Solidarpaktmittel oder die Fördermittel von Bund und EU, die dem Osten noch überproportional zur Verfügung stehen.

Das sind die typischen und erschwerten Bedingungen, unter denen in Ostdeutschland und damit auch in Sachsen Finanzpolitik gemacht werden muss. Bereits in den vergangenen Jahren ging es in Sachsen darum, sich auf diese künftigen Bedingungen und Herausforderungen einzustellen, um eine Politik gestalten zu können, die auch künftigen Generationen noch Raum für Politikgestaltung lässt und die Bürger des Landes nicht mit Belastungen erdrückt.

An dieser Stelle einige Bemerkungen zu Aspekten ostdeutscher und vor allem spezifisch sächsischer Finanzpolitik.

Die Gesamtverschuldung des Freistaates Sachsen beträgt etwa 12,1 Milliarden Euro. Sachsen hat mit rund 2.850 Euro je Einwohner nach Bayern die geringste Pro-Kopf-Verschuldung – dank der soliden und nachhaltigen Finanzpolitik und der moderaten Neuverschuldung. Dieser Wert entspricht 13,7 Prozent des letztjährigen Bruttoinlandsproduktes je Einwohner. In Sachsen ist es seit 1993 gelungen, die Nettokreditaufnahme einzuschränken und – mit zwei Ausnahmen in den Jahren 2002 und 2003 – von Jahr zu Jahr herunterzufahren (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Nettokreditaufnahme (OG 32) des Freistaates Sachsen im Zeitraum 1991 bis 2008



Das war nicht immer leicht. Als Finanzminister habe ich in den Jahren von 2002 bis 2005 von Steuerschätzung zu Steuerschätzung die Einnahmeerwartungen herunterschrauben müssen. Das hatte natürlich Auswirkungen auf den Haushaltsvollzug. Im Jahr 2004 lagen die tatsächlichen Steuereinnahmen um rund 600 Millionen Euro unter den Erwartungen. Wie geht man mit einer solchen Situation, mit Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von den Plangrößen im Haushaltsvollzug vernünftig um?

Die Mindereinnahmen wurden durch haushaltsbewirtschaftende Maßnahmen eingespart, z.B. durch eine Haushaltssperre, Einsparungen bei staatlichen Baumaßnahmen, Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld und weiteren Maßnahmen. Das waren harte Einschnitte, die für Unmut gesorgt haben. Auch in den Jahren 2002, 2003 und 2005 wurden die Mindereinnahmen im Wesentlichen durch Bewirtschaftungsmaßnahmen aufgefangen.

Die Erhöhung der Neuverschuldung über einen Nachtragshaushalt wäre einfacher und weniger konfliktträchtig gewesen, aber im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik ist es notwendig, solche Konflikte auszuhalten und den schwierigeren Weg des Sparens zu beschreiten.

Eine umgekehrte – aber nicht weniger konfliktträchtige – Situation trat im Jahr 2006 ein. Es ging um 600 Millionen Euro unerwarteter Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen weckten Begehrlichkeiten. Auch hier galt es Kurs zu halten und insbesondere keine Erhöhung bei Programmen zuzulassen, die zu dauerhaften Ausgabesteigerungen führen. Im Gegenteil sollten die Mehreinnahmen für Maßnahmen der Zukunftssicherung Verwendung finden. Dies ist im Jahr 2006 vollständig gelungen, denn der seit 2005 bestehende Pensionsfonds für die Beamtenversorgung wurde ausgeweitet und Verbindlichkeiten bei staatlichen Beteiligungsgesellschaften wurden beglichen – beides sind letztlich implizite Staatsschulden, sind künftige Belastungen, die abgetragen, bzw. verringert wurden.

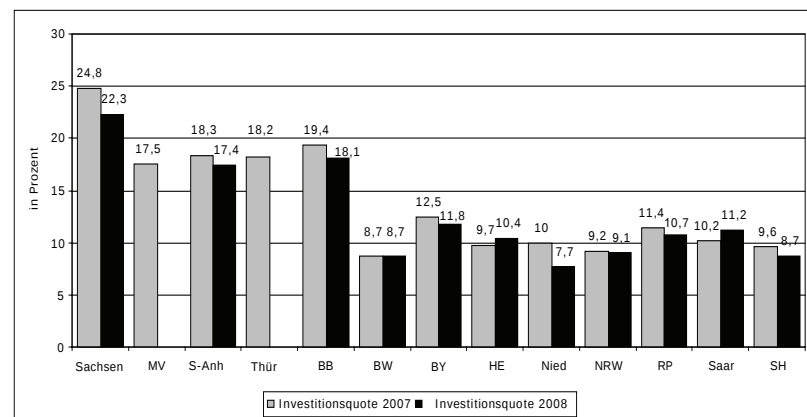
Schulden in Höhe von rund 62 Millionen Euro sind getilgt worden – also ist auch die explizite Staatsverschuldung gesenkt worden. Ursprünglich war seitens der Staatsregierung vorgesehen, im Jahr 2008 erstmals keine Nettoschulden mehr aufzunehmen. Im Laufe der parlamentarischen Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 wurde dieses Ziel auf 2007 vorgezogen und letztlich bereits im Vollzug 2006 mit der Nettotilgung quasi übererfüllt.

Die Frage geringer Verschuldung bzw. der Neuverschuldung Null ist und bleibt ein Aspekt der Zukunftssicherung. Es gibt im laufenden Doppelhaushalt 2007/2008 darüber hinaus weitere Ansätze, mit denen dauerhafte Stabilität und Solidität geschaffen werden sollen.

Ein Beispiel sind die Pensionsfonds: Es wurde beschlossen, mit dem Haushalt 2007/2008 den Pensionsfonds für die sächsischen Beamten und Richter noch weiter aufzustocken. Bis Ende 2008 wird im Umfang von rund 760 Millionen Euro Vorsorge für die Beamtenpensionen getroffen sein. Im Ergebnis sollen die Pensionen von über 25 Prozent der Beamten und Richter des Freistaats komplett aus dem Fonds bezahlt werden. Das ist derzeitiger Stand. Dadurch, dass jetzt Geld für die Altersversorgung zurückgelegt wird, werden die Haushalte der Zukunft spürbar entlastet.

Auch die Investitionen des Freistaats bleiben weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Investitionsquote beträgt fast 25 Prozent im Jahr 2007 und über 22 Prozent im Jahr 2008. Damit wird Sachsen wieder die höchste Investitionsquote aller Bundesländer haben (siehe Abbildung 2). In absoluten Zahlen ausgedrückt, werden im Jahr 2007 knapp vier Milliarden Euro und im Jahr 2008 etwa 3,5 Milliarden Euro für Investitionen ausgegeben.

Abbildung 2: Die Investitionsquoten der Flächenländer im Vergleich in den Jahren 2007 und 2008



Quelle: Sachsen: HHPE 2007/08 (ohne Hochwasser); Flächenländer: HHP/HHPE bzw. Mifri. FPL 2006-2010 (MV u. TH liegen noch keine Angaben für 2008 vor); eigene Berechnungen.

Auch das ist kein Selbstzweck, denn mit Investitionen, u.a. in Kultur- und Bildungsinfrastruktur, werden die Standortbedingungen verbessert und Wirtschaftsförderung betrieben – kurzum: So wird Wertschöpfung betrieben und werden Grundlagen für Wertschöpfung geschaffen.

Ein weiterer Bestandteil ist der Stellenabbau im sächsischen Landesdienst. Es ist beschlossen worden, den Stellenbestand von derzeit gut 86.000 auf 80.000 Stellen zu reduzieren. Der Stellenabbau ist weitgehend konkret im laufenden Haushalt untersetzt. Es ist klar: Wenn die Bevölkerung zurückgeht, werden weniger Finanzbeamte und auch weniger Polizei gebraucht, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, bedarf es weniger Lehrer. Aber der Stellenabbau läuft nicht nach Rasenmähermethode ab, sondern richtet sich nach spezifischen Bedürfnissen und Problemen. Allerdings bin ich der Ansicht, dass wir nicht bei der Zielmarke stehen bleiben dürfen, sondern dass der Stellenabbau weitergehen muss.

Vor dem Hintergrund zurückgehender Bevölkerung in und zurückgehender Hilfen für Ostdeutschland wird solide und stringente Finanzpolitik schwieriger. Dennoch sollten die ostdeutschen Länder unbedingt bei ihrem Konsolidierungskurs bleiben. Und mehr noch: Es muss weitergehen als bisher – z.B. durch Verschuldungsverbote.

Das ist zwar keine spezifisch ostdeutsche Angelegenheit. Aber vor dem Hintergrund der zunehmend engeren Spielräume bzw. der absehbar zurückgehenden Einnahmen in den ostdeutschen Länderhaushalten gilt umso stärkere Disziplin, muss der Versuchung neuer Schulden umso mehr widerstanden und stattdessen eine besonders solide Finanzpolitik gestaltet werden.

Erfreulich ist, dass wir in Deutschland überhaupt soweit sind, finanzpolitisch in dieser Richtung zu diskutieren. Sachsen hat zu dieser Entwicklung seinen Beitrag geleistet. Das birgt eine große politische, eine historische Chance, die hoffentlich auch genutzt wird. Endlich ist ein Stand erreicht, wo Schuldenmachen nicht mehr als sinnvoll und unvermeidlich – oder gar als schick – gilt.

Dass das nicht immer so war, zeigen die aktuellen Zahlen: Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes lag im vergangenen Jahr bei rund 1.570 Milliarden Euro, also bei knapp 1,6 Billionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Deutschland damit bei etwa 18.000 Euro.

Man kann sich denken, was allein mit dem Geld, das als Verschuldung auf uns lastet, alles gemacht werden könnte.

Im vergangenen Jahr gab allein der Bund 37,5 Milliarden Euro nur für Zinsen aus. Das zeigt im Übrigen: Die Zinsen sind das Hauptproblem. Der Vorteil von Verschuldung, nämlich kurzfristig über mehr Geld zu verfügen, wird mittelfristig aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt. Die Zinslast schränkt die politische Handlungsfähigkeit ein. Oder gibt es jemanden, der die notwendige Kürzungspolitik zum Beispiel im Land Berlin als kreative politische Gestaltung verkaufen möchte?

Ich bin der Meinung, dass die hohen Zinsen, die wir in Deutschland jährlich ausgeben, besser in vielen notwendigen Investitionen angelegt wären. Zumal dem wachsenden Schuldenstand zunehmend weniger adäquate Vermögenswerte gegenüberstehen. Wir leben zunehmend von der Substanz und das Beispiel Ostdeutschland zeigt deutlich, wohin das führt.

Nun zeigt sich, dass die bestehenden Rechtsnormen zur Schuldenbegrenzung nicht ausreichen, um die Verschuldung wirksam einzudämmen. Es wird ganz offensichtlich eine strengere Regelung mit strengeren Kriterien für Ausnahmesituationen gebraucht.

Deshalb spreche ich mich klar für ein strenges Verschuldungsverbot für alle öffentlichen Haushalte aus. Falls aber die Föderalismusreform II keine wirksame Schuldenbremse für alle öffentlichen Haushalte bringt, sollten einzelne Länder vorangehen. Dann sollte z.B. Sachsen ein strenges Verschuldungsverbot in die sächsische Verfassung aufnehmen, das nur sehr klar umrissene Ausnahmen z.B. in Katastrophenfällen oder bei deutlichen Einnahmeausfällen vorsieht. Damit wäre Klarheit geschaffen und weiterer Verschuldung wirksam Einhalt geboten.

HERAUSGEBER UND AUTOREN

*Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D., ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Dr. Rudolf van Hüllen
ist Politikwissenschaftler und Extremismusforscher.*

*Dr. Horst Metz MdL
ist Staatsminister a.D. und Mitglied des Sächsischen Landtags.*

*Professor Dr. Werner J. Patzelt
ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden.*

*Arnold Vaatz MdB
Staatsminister a.D., ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Stefanie Pasler
Koordinatorin Neue Länder
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-33 84
E-Mail: stefanie.pasler@kas.de*



DAMIT WERTE ZUKUNFT HABEN

■ **Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.** unterstützt mit Hilfe seiner Mitglieder und Förderer die Konrad-Adenauer-Stiftung darin, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiter zu entwickeln und zu stärken. Dabei stehen die Erziehung zur Demokratie, die jugendpolitische Bildungsarbeit, die Förderung begabter und sozial engagierter junger Menschen, die Weiterentwicklung der Programme der Sozialen Marktwirtschaft und der internationale Dialog im Vordergrund.

■ **Wir laden Sie ein**, mit Gleichgesinnten in angenehmer Atmosphäre an Seminaren und Studienreisen im In- und Ausland teilzunehmen. Erstklassige Referenten aus Politik, Wirtschaft und den Medien vermitteln Ihnen einen umfassenden Eindruck über ein Land, eine Region oder ein Thema. Firmenbesichtigungen, Zeitzeugen -berichte und ein ausgesuchtes Kunst- und Kulturangebot runden diesen Eindruck ab und lassen die Veranstaltungen zu einem Erlebnis werden.

■ **Machen Sie mit!** Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und die hohe Qualität des Stiftungsangebotes langfristig zu sichern und wir geben Ihnen die Möglichkeit, sich im Kreis netter Menschen fortzubilden.

■ **Beitrittserklärungen und ausführliche Informationen** über den Freundeskreis und die Konrad-Adenauer-Stiftung finden Sie auf der gegenüberliegenden Seite.

■ **Ihre Ansprechpartnerin:**

Petra Kulcsar
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 | 53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46 26 16
Telefax: 0 22 41/2 46 25 39
petra.kulcsar@kas.de
www.kas.de



FREUNDKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄßIG UNTERSTÜTZEN.

Der **Mindestbeitrag pro Jahr** beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag ☐ _____ € ☐ 500,00 € ☐ 250,00 € ☐ 120,00 €
☐ 80,00 € ☐ 60,00 € ☐ 40,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag ☐ jährlich ☐ halbjährlich

Firma _____		Telefon _____	Telefax _____
Titel, Name, Ansprechpartner Vorname _____		E-Mail _____	
Straße, Hausnummer _____		Geburtsdatum _____	
PLZ, Ort _____	Datum _____	Unterschrift _____	

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen Förderbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Ab dem: _____
Tag, Monat, Jahr

Die Zahlung erfolgt: ☐ über mein Bankkonto

Kreditinstitut _____	Kontonummer _____
Bankleitzahl _____	Kontoinhaber _____

☐ über meine Kreditkarte ☐ American Express ☐ Eurocard/Mastercard ☐ Visa
(nur für Förderer im Ausland)

Karten-Nr. _____	Karteninhaber _____
Karte gültig bis _____	Ort, Datum _____ Unterschrift _____